



**Eine Dokumentation und politische Streitschrift
um die Nachfolge des Reiches
von MANFRED ROEDER**

Deutschland

Deutschland, Deutschland über Alles,
über Alles in der Welt,
Nimm ab Stahl zu Tisch und Feind
brüderlich zu sammenschließ,
Nimm der Mord Keil zu dem Mann,
Nimm der List Keil zu dem Loh -
schweiß, Deutschland über Alles,
über Alles in der Welt!

Deutsche Nation, deutsche Tugend,
deutsche Weisheit und deutsche Kraft
Vollkommen in der Welt befehlen
Herrn allem seinen Ehre,
Und zu aller Zeit begehren
Unsern Feind zu überwinden -
deutsche Nation, deutsche Tugend,
deutsche Weisheit und deutsche Kraft!

Freiheit und Recht und Gerechtigkeit
für das deutsche Vaterland!
Nimm Kraft und alle Tugenden
brüderlich mit Herz und Hand!
Freiheit und Recht und Gerechtigkeit
für das deutsche Vaterland -
Bleib im Kampf dich selbst gleich,
Bleib deutsches Vaterland!

Originalhandschrift der deutschen Nationalhymne
von Hoffmann von Fallersleben

TITELBILD: Portal des Reichstags, Berlin



Die Krone des HEILIGEN RÖMISCHEN REICHES
DEUTSCHER NATION
— über tausend Jahre Sinnbild des Reiches

Ein Kampf ums Reich

Eine Dokumentation und politische Streitschrift
um die Nachfolge des Reiches
von **MANFRED ROEDER**



HERAUSGEBER: Freiheitsbewegung Deutsches Reich
3579 Schwarzenborn/Knüll
Haus Richberg

Gedruckt wegen der politischen Verfolgung im Untergrund

Ihr Sterne seid uns Zeugen,
die ruhig niederschaun,
wenn alle Brüder schweigen
und falschen Götzen traun.
Wir woll'n das Wort nicht brechen,
nicht Buben werden gleich,
woll'n predigen und sprechen
vom heil' gen deutschen Reich

| INHALTSVERZEICHNIS | SEITE |
|---|--------------|
| VORWORT, von Prof. Dr. Max Hildebrandt | 11 |
| DAS GRUNDSÄTZLICHE NEIN | 14 |
| ALLEN DEUTSCHEN ZUR MAHNUNG | 16 |
| Schriftwechsel zwischen Rechtsanwalt Manfred Roeder und Großadmiral a.D. Karl Dönitz | 21 |
| Die Bad "Mondorfer Erklärung", von Karl Dönitz | 30 |
| Gedächtnisprotokoll | 31 |
| REICHSTAG zu FLENSBURG 1975 | 33 |
| Korrespondenz Roeder — Dönitz 1975 | 37 |
| Deutschlandkarte mit geraubten Gebieten der beiden Weltkriege | 41 |
| RECHTSGRUNDLAGE und VOLLMACHT, von Manfred Roeder | 42 |
| DIE LETZTEN TAGE DER REICHSREGIERUNG von Graf Schwerin von Krosigk | 46 |
| Verhaftung der letzten Reichsregierung (Foto) | 48 |
| Hitler im Reichstag (Foto) | 49 |
| "Zehn Jahre und zwanzig Tage", von Großadmiral Dönitz | 51 |
| "Berliner Zeitung" vom 6. Juni 1945 | 53 |
| Parlamentarischer Rat | 55 |
| Staatsgründungen BRD und DDR | 58 |
| GRUNDSATZERKLÄRUNG und AUFRUF der "Freiheitsbewegung Deutsches Reich" | 60 |
| Brief an Großadmiral Dönitz vorn 20.5.1978 | 63 |
| AUFRUF, von Otto Erlach | 65 |
| Brief an Großadmiral Dönitz vom 1.2.1979 und Antwort | 66 |
| Abdankung Kaiser Wilhelm II. | 69 |
| Rudi Dutschkes "Nationale Thesen" | 72 |
| DEUTSCHLAND LEBT, von Manfred Roeder in "The American Mercury" | 74 |
| Sowjetischer Friedensvertragsentwurf" | 83 |
| EUROPA – WACH AUF! von Manfred Roeder | 85 |
| Und dennoch – DAS REICH! | 88 |

**„Jedes Reich, das in sich selbst
uneins ist, wird veröden,
denn seine Fürsten sind
Diebsgesellen geworden.“**

(Eingangssatz der „ Goldenen Bulle“,
dem Reichsgrundgesetz von 1356).

VORWORT

Das Deutsche Reich ist nicht untergegangen!

Die Reichsregierung ist nie zurückgetreten!

**Alles, was man Deutschland nach der Kapitulation angetan hat, ist
völkerrechtswidrig und daher nichtig!**

Mit diesen Worten eröffnete am 23. Mai 1975 Rechtsanwalt Manfred Roeder den Reichstag zu Flensburg. Wenige Minuten später wurde er festgenommen. Es waren auf den Tag genau 30 Jahre nach der Verhaftung der letzten Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz vergangen.

Obwohl diese drei Sätze nur eine wohlbekannte Tatsache wiedergeben, die schon hunderte Male vorher und nachher von anderen gesagt oder auch geschrieben worden sind, wirkten sie aus dem Munde von Roeder und unter den Umständen des Reichstages wie Keulenschläge gegen das ganze Establishment. Es war eine regelrechte Kriegserklärung.

Genau diesen Schock mit seiner anschließenden Festnahme hatte Roeder beabsichtigt. Er wollte an demselben Tag und auch am gleichen Ort verhaftet werden, wie die letzte Reichsregierung. Er glaubt nun einmal an eine gewisse Symbolik. Und er glaubt auch an Aufklärung durch die Tat und an Überzeugungen durch entsprechendes Vorbild.

Nach den allgemeinen Völkerrechtsregelungen sind Gebietsabtretungen, Vertreibungen sowie Einmischung in die politischen Angelegenheiten eines besiegten Staates unzulässig und nichtig. Alles, was durch Druck und Zwang erreicht wird, ist nichtig.

Es steht auch fest — wenn auch in weiten Kreisen unbekannt — daß Dönitz mit seiner Regierung niemals zurückgetreten ist und vom Volk nicht abgesetzt wurde. Man hat ihn unter entwürdigenden Umständen durch einen völkerrechtswidrigen Akt mitsamt Regierung und allem Personal verhaftet "Ein beispielloser Banditenstreich", wie Roeder schreibt, "der allen Erklärungen von Menschenwürde und Souveränität Hohn spricht. Die Alliierten haben doch angeblich für die Heiligkeit des Rechts gekämpft, sie benahmen sich aber wie Räuberbanden."

Roeder war deshalb nach Flensburg gezogen, um diese Heuchelei zu entlarven und dem angelsächsischen Piratentum mitsamt ihren deutschen Helfershelfern die Maske vom Gesicht zu reißen. Das Landgericht in Flensburg verurteilte ihn dafür zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Das sollte nur der Auftakt sein. Hätte man ihn erst einmal auf 'Nummer sicher', könnte man durch viele nachfolgende Prozesse dafür sorgen, daß dieser 'moderne Luther' für ,mehrere Jahre das Tageslicht nicht wieder zu sehen bekommt Es könnte sogar sein, daß er den ganzen Ablaßhandel

demokratischer Seelenverkäufer stört oder gar — wie ihm mehrere Gerichte ohne weiteres zutrauen — die ganze Demokratie an Haupt und Gliedern

reformiert. Denn — so wurde in einem Gerichtsbeschuß offen zugegeben — Roeder hat das Zeug dazu, Massen mitzureißen und auch zu überzeugen. Roeder fragt: Wenn das Reich besteht, warum gibt es dann keine Reichsregierung? Sie ist doch nie zurückgetreten! Und wenn von Wiedervereinigung die Rede ist, muß doch zuerst eine Reichsregierung da sein. Warum gibt es aber nur eine Bundes-, eine DDR- und eine Wiener Regierung? Wenn Roeder einmal ein Problem erkannt hat, läßt er nicht mehr locker. Dann geht er beharrlich vorwärts, Schritt für Schritt. So auch hier. Zunächst tat er das, was viele schon vor ihm getan haben. Er schrieb an Dönitz und — wenn die Antworten unbefriedigend waren — immer wieder. Schließlich suchte er den Großadmiral selbst auf, was auch schon viele vor ihm getan haben. Nur mit einem Unterschied: von keinem anderen hat man danach je etwas gehört. Sie behielten ihre Erfahrung für sich oder wußten nichts damit anzufangen. Rechtsanwalt Roeder aber wollte die Angelegenheit nicht für sich oder seinen Wissensdurst klären, sondern für das deutsche Volk. Deshalb soll das Volk an seinen Erlebnissen und Erkenntnissen auch teilhaben. Das Volk soll urteilen und nicht irgendwelche Parteibonzen. Das Ergebnis seiner Bemühungen legt er in dieser Schrift der Öffentlichkeit vor. Danach war Dönitz immer noch der einzig legale Vertreter aller Deutschen. Er allein hätte einen Friedensvertrag unterzeichnen können, der nunmehr seit 34 Jahren überfällig ist, aber ... aus unerfindlichen Gründen lehnt Dönitz ab. Die ursprüngliche Überzeugung des Großadmirals war jedoch, auf keinen Fall zurücktreten zu dürfen, um damit die letzte Klammer, die das Reich in seiner Person habe, zu erhalten. Aus diesem Grunde müsse die Reichsregierung bleiben und dürfe nur der Gewalt weichen. Als ihn die Alliierten verhafteten und gewaltsam an der Ausübung seiner Amtsführung hinderten, gab er die berühmte Mondorfer Erklärung ab, wonach rohe Gewalt niemals etwas an der rechtlichen Stellung des Reiches oder seiner legalen Vertreter ändern könne. Er blieb also auch hinter Stacheldraht und Kerkermauern ein aufrechter Soldat und der Repräsentant des Deutschen Reiches.

Nun aber will Dönitz keine Auskunft darüber geben, wann und warum sich sein Standpunkt geändert hat, und warum er jetzt, da Deutschlands Spaltung verewigt werden soll, die Klammer des Reichspräsidenten nicht mehr für wichtig hält, warum dieses Amt nun keine rechtliche oder symbolische Bedeutung mehr haben soll.

Für Roeder ist das ein Grund mehr, noch entschlossener zu kämpfen und nun erst recht die Frage nach der Vertretung des Deutschen Reiches zu lösen. Wenn ein Kapitän sein Schiff verläßt oder der Kompanieführer im Kampf fällt, muß ein anderer einspringen. Keine Einheit, kein Schiff kann ohne einen Verantwortlichen bleiben. Wie viel weniger ein Reich!

Begreife man doch, was auf dem Spiel steht! Da reden sie sich die Köpfe

heiß über national und freiheitlich, über Europawahlen, gründen Parteien und Gruppen, drucken tonnenweise Aufklärungs- und Werbeschriften, aber an das Reich denken sie nicht. Und wenn sie daran denken, tun sie nichts. Dabei ist das Reich überhaupt keine juristische Sache, sondern eine Willens- und

Herzensangelegenheit.

Wir Auslandsdeutschen verstehen das vielleicht besser, als ihr daheim. Unsere Sehnsucht ist größer und wir spüren in der Fremde mehr, was uns fehlt. Deshalb ist Roeder für uns so etwas wie ein Phänomen, auf das wir unsere Hoffnung setzen.

Diese Broschüre enthält die Dokumente und Daten, die den Beweis erbringen, daß das Deutsche Reich, der Herzenswunsch und das höchste Gut

jedes Germanen, trotz Niederlage und Bedingungsloser Kapitulation (der

Wehrmacht!) fortbesteht. Es leuchtet da im Dunkel der Zeiten wie ein hehres

Kleinod, welches sein Licht auf den Pfad in die Zukunft wirft, so daß wir nicht zu zaudern

brauchen, ihn zu beschreiten. Höchstes Gut des Deutschtums, des Teutonentums,

Inbegriff der Hoffnung des ganzen Volkes — DAS REICH!

Manfred Roeder hat das Gestrüpp und die Schatten beseitigt, die es uns nicht erkennen ließen. Dieses Büchlein ist wahrlich: Der Schlüssel zum Reich!

Mexico City, 6. Februar 1979

Prof. Dr. Max Hildebrand

Das grundsätzliche Nein!

Die Deutschen können natürlich zu dem Unrecht von 1945, zu der Teilung und inneren und äußeren Verknechtung ihres Vaterlandes "Ja" sagen. Sie werden dann auch noch leben, essen, Kinder zeugen und "das Leben genießen", soweit Knechte etwas vom Leben verstehen. Wohl werden sie dann keine Deutschen mehr sein, sondern Westdeutsche, Ostdeutsche, Österreicher, Heimatvertriebene, Saarländer und sonst allerlei, sie werden sich "Bundesbürger" und "Deutsche Demokratische Republikaner" und "Österreicher" oder "Citoyens sarrois" nennen — ganz so, wie der Feind sie tauft. Sie werden unnenbar verächtlich sein auch wenn sie der Welt zu imponieren versuchen — mit einer wirtschaftlichen Tüchtigkeit, deren Früchte im _Osten nach der Sowjetunion, im Westen nach Israel, in Österreich in alle vier Winde und aus der Saar nach Paris gefahren Werden. Sie werden sich im Osten zum Kommunismus, im Westen zur Demokratie, in Österreich zu rotweißrot bekennen müssen. Sie werden überall Denkmäler setzen für Widerständler und Reichsverräter, aber keines für die Millionen reichstreuher Deutscher, die für Volk und Reich gefallen sind. Sie werden auch eine "eigene" Literatur haben, vertreten von giftbösen, unser Volk hassenden Emigranten, mit unversöhnlichen Hebräern an der Spitze, doch was die Seele ihres Volkes .noch ahnt, raunt und sehnt, werden sie nicht mehr ausdrücken dürfen. Sie werden Kirchen über Kirchen haben aber keinen Gott, denn Gott ist nur bei den Aufrechten und Freien.

Unser Volk kann diesen Weg der knechtischen Unterwerfung gehen: lieber ein lebendiger Hund als ein toter Löwe, raten die Demokraten.

Man tut alles, um die Erinnerung an das Reich aller Deutschen auszulöschen. Und wenn das Volk sich nicht fügt, so ist gleich das Verfassungsschutzamt des britischen Agenten John, die Mordjustiz der sowjetischen Bluthure Hilde Benjamin, der Mordrichter Österreichs Baschiera, das ganze Geschmeiß der hochbezahlten Büttel der Teilungsmächte zur Stelle, um die Stimme des Volkes zu erwürgen.

* * *

Es gibt den anderen Weg. Es ist ein steiler, einsamer, ein schwerer Weg auf dem nur fern das stille Licht der Ehre und Treue leuchtet Und doch ist er ausgetreten und tief — ganze Völker sind ihn gegangen, die Freiheit und Selbständigkeit verloren hatten. Und sie alle hat er irgendwann zu einem leuchtenden Tage der Freiheit geführt.

Dieser Weg beginnt mit der radikalen Verneinung. Wer nicht zu allem, was uns der Feind aufgezwungen hat, nein sagen kann, wird nicht eingehen in das Reich von morgen. Dieses Nein heißt, daß jeder Deutsche, der heute zwangsläufig der "Deutschen Demokratischen Republik", dem Saargebiet, der westdeutschen Bundesrepublik oder Österreich angehört oder dessen Heimat

unter Fremdherrschaft gekommen ist, sich täglich sagt: Dieser Staat ist nicht mein Staat. ich habe ihn nicht gewollt, ich will ihn nicht, und ich werde ihn nicht wollen — ich gehöre ihm nur erzwungenermaßen an — mein Staat ist das Großdeutsche Reich, das in neuer Kraft wieder auferstehen muß.

Aus diesem Nein ergibt sich mit Klarheit, daß ich und du und wir alle einem solchen Staate weder Liebe noch Treue, weder Gehorsam noch Pflicht schulden.

* * *

Das Reich lebt! — Man mag es geteilt haben, man mag den letzten Träger der rechtmäßigen Reichsgewalt in Spandau eingekerkert halten, Minister des Reiches gefangen gesetzt und in Nürnberg hingerichtet haben — deshalb lebt das Reich doch. Es lebt unterirdisch, wie einst in der "kaiserlosen, der schrecklichen Zeit."

Das Reich lebt heute dort, wo es keine Feinde ausrotten, keine Spitzel und Agenten vernichten können — im Herzen aller Treuen und Aufrechten des Volkes.

Es kann jeden Tag, wenn die Stunde kommt, wenn der Zeitpunkt günstig erscheint, auferstehen. Jeder reichstreue Deutsche kann, wenn er die innere Kraft sich zutraut, es aus dem Dunkel ins Licht rufen. Und weht irgendwo die Fahne des Reiches — auch nur über einer kleinen Schar, dann steht jeder, der etwa einen Unrechts statt ihr gegenüber schützen will, selbst im Unrecht und kann als Reichsverräter behandelt werden. Sobald das Reich wieder auftritt

— und sei seine Kampfschar anfangs noch so klein — wird jeder ehrenhafte Deutsche sich ihm anschließen, werden die Behörden sich ihm unterstellen, die Unrechtsstaaten gestürzt werden.

Solange die Stunde zur Wiedervereinigung des rechtmäßigen Reiches und zur Heimholung aller deutschen Lande, die wirklich volksmäßig deutsch waren,

— fremdes Land begehren wir nicht und fremdes Volkstum wollen wir nicht vergewaltigen — noch nicht gekommen ist, schließen wir uns gesinnungsmäßig im Reich und außerhalb immer fester zusammen und arbeiten an der Zukunft. Wir wissen nicht, wie lange dieser Zustand dauern wird. Aber er soll uns nur immer härter im Ausdauern, immer treuer in der Liebe zu den toten Kameraden und zum Reich und immer unversöhnlicher in der Ablehnung des Unrechts von 1945 machen.

(Johann von Leers, Argentinien 1953)

Zum Reichstag 1977
Regensburg

Nie findet der Mann zum Licht
der nicht mit allen Teufeln bricht!

ALLEN DEUTSCHEN ZUR MASSNAHE

Ist das Gewissen bei den Menschen unserer Zeit ausgestorben? Diese Frage drängt sich angesichts der heutigen Zustände und der vielen beschämenden Vorkommnisse zwangsläufig auf. Die nachstehenden Worte Carl von Clausewitz' (1780-1831), welche in einer Zeit bitterer Niederlage und schwerster Demütigungen entstanden sind, mögen hierauf eine Antwort geben. Sie sind der Ausdruck für die tiefe seelische Not, in der sich pflichtbewußte deutsche Männer in einer ähnlichen Lage wie heute befanden und die, auf unsere Zeit übertragen, also lauten:

Es nahet sich der Augenblick neuer großer Entscheidungen. Jedermann im Auslande, welcher an dem deutschen Schicksal Anteil nimmt (und deren gibt es unstreitig viele), ist in einer bangen Erwartung, welchen Ausgang dieselben geh nehmen werden.

Die Meinung, daß man den Bedrängern unseres Volkes widerstehen könne, ist unter uns fast gänzlich verschwunden. Man glaubt also an die Notwendigkeit einer Unterwerfung auf Gnade und Ungnade. Einzelne zeichnen sich noch durch die Frechheit aus, mit der sie auf die Sicherheit und den ruhigen Genuß ihres bürgerlichen Eigentums pochen, auf die Notwendigkeit, diesem alles zu opfern, auch die Rechte des eigenen Volkes, auch die Sicherheit und Freiheit des eigenen Volkes!

Dies ist die öffentliche Meinung mit wenig Ausnahmen. Die Art, sie zu bekennen, ihr nachzuleben, unterscheidet die verschiedenen Stände und in den Ständen die einzelnen Glieder. Die vornehmen Stände sind die Verderbteren, Partei- und Staatsbeamte die Verderbtesten ... Von dieser Meinung sage ich mich feierlich los.

ICH SAGE MICH LOS:

von der leichtsinnigen Hoffnung einer Errettung durch die Hand des Zufalls,

von der dumpfen Erwartung der Zukunft, die ein stumpfer Sinn nicht erkennen will,

von der kindischen Hoffnung, den Zorn eines Gewaltherrschers durch freiwillige Entwaffnung zu beschwören, durch niedrige Untertänigkeit und Schmeichelei sein Vertrauen zu gewinnen, von der falschen Verzagtheit eines unterdrückten Geistesvermögens, von dem unvernünftigen Mißtrauen in die uns von Gott gegebenen Kräfte,

von der sündhaften Vergessenheit aller Pflichten für das allgemeine Beste, von der schamlosen Aufopferung aller Ehre des Staates und Volkes, aller persönlichen und Menschenwürde,

von einem Zeitgeist, der sich in der widerlichen Anbetung alles Fremden

erschöpft und dessen Erbärmlichkeit sich täglich von neuem offenbart, von den feigen und gewissenlosen 'Volksvertretern', die der blinde Zufall nach oben gespült hat und die sich nur mit Lüge und Täuschung an der Macht zu halten vermögen,

von der verderblichen Herrschaft gekaufter Parteien, die im Dienst fremder Mächte stehen, mit ihrem Gezänk das öffentliche Leben vergiften und eine Günstlingswirtschaft übelster Art betreiben,

von einer sogenannten 'demokratischen' Ordnung, die nichts Weiter ist als ein Tummelfeld aller abartigen Bestrebungen und eine mühsam getarnte Brutstätte des ständigen Aufruhrs und der hemmungslosen Zerstörung alles dessen, was uns Deutschen heilig ist!

ICH GLAUBE UND BEKENNE:

daß ein Volk nichts höher zu achten hat als die Würde und Freiheit seines Daseins,

daß es diese mit dem letzten Blutstropfen verteidigen soll,

daß es keine heiligere Pflicht zu erfüllen, keinem höheren Gesetz zu gehorchen hat,

daß der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist,

daß dieser Gifftropfen im Blut eines Volkes in die Nachkommenschaft übergeht und die

Kraft späterer Geschlechter lähmen und untergraben wird,

daß man die Ehre nur einmal verlieren kann,

daß die Ehre des Staates eins ist mit der Ehre des Volkes und das einzige Unterpfand seines Wohles,

daß ein Volk unter den meisten Verhältnissen unüberwindlich ist in dem großmütigen Kampfe um seine Freiheit,

daß selbst der Untergang dieser Freiheit nach einem blutigen und ehrenvollen Kampfe die Wiedergeburt des Volkes sichert und der Kern des Lebens ist, aus dem einst ein neuer Baum die sichere Wurzel schlägt!

ICH ERKLÄRE UND BETEUERE DER WELT UND NACHWELT:

daß ich die falsche Klugheit, die sich der Gefahr entziehen will, für das Verderblichste

halte, was Furcht und Angst einflößen, daß ich die wildeste Verzweiflung für weiser

halten würde, wenn es uns durchaus versagt wäre, mit es einem männlichen Mute, also mit festem Entschluß und klarem Bewußtsein

der Gefahr zu begegnen,

daß ich die warnenden Begebenheiten alter und neuer Zeit, die weisen Lehren ganzer Jahrhunderte, die edlen Beispiele berühmter Völker nicht im Taumel der Angst unserer Tage vergesse und die Weltgeschichte hingebende für das Blatt einer lügenhaften Zeitung,

daß ich mich rein fühle von jeder Selbstsucht, daß ich jeden Gedanken und jedes

Gefühl in mir vor allen meinen Mitbürgern mit offener Stirne bekennen

darf, daß ich mich nur zu glücklich fühlen würde, einst in dem herrlichen

Kampfe um Freiheit und Würde des Vaterlandes einen ruhmreichen

Untergang zu finden!

Verdient dieser Glaube in mir und in den mir Gleichgesinnten die Verachtung und den Hohn unserer Mitbürger? —Die Nachwelt entscheide hierüber!

Das Reich

Es klingt aus alten Tagen
ein Wort, dem keines gleich.
Im Herzen woll'n wir tragen
dies Singen und dies Sagen
vom Heiligen Deutschen Reich.

Wir stehen stumm verschworen.
Gen Norden zieht der Wind.
Im Herzen unverloren
wird neu das Reich geboren,
solang noch Deutsche sind.

Und raubten sie die Fahnen,
die Heimat und das Recht:
Frei aus dem Blut der Ahnen
erhebt auf neuen Bahnen
sich deutsch ein neu Geschlecht.

Und mögen sie uns hassen,
die uns das Reich zerschellt,
wir werden es nicht lassen;
durch Deutschland geh'n die Straßen
in eine neue Welt.

Es klingt aus alten Tagen
ein Wort, dem keines gleich.
Im Herzen woll'n wir tragen
dies Singen und dies Sagen
vom Heiligen Deutschen Reich.

Hermann Bur



RECHTSANWALT

MANFRED ROEDER

Sprecher der FREIHEITSBEWEGUNG DEUTSCHES REICH

MANFRED ROEDER

RECHTSANWALT

RA ROEDER 514 BENSHEIM ROONSTRASSE 8

614 BENSHEIM

Herrn
Reichspräsidenten
Karl Dönitz

ROONSTRASSE 8

TELEFON (05251)-444+

R/ka, 73265

2055 Aumühle
Pfungstholzallee 4

den 14. Januar 1975

Verehrter Herr Reichspräsident!

Am 11. Januar 1975 riefen Sie mich an, nachdem Sie mein Flugblatt gelesen hatten "Das Reich muß uns doch bleiben". Anknüpfend an dieses Ferngespräch darf ich noch einmal folgendes feststellen:

Seit dem 1. Mai 1945 sind Sie das rechtmäßige Staatsoberhaupt • des Deutschen Reiches und der Oberste Befehlshaber der Deutschen Wehrmacht.

Am 8. Mai hat die Deutsche Wehrmacht auf Ihre Anweisung hin kapituliert.

Am 23. Mai sind Sie mit der behelfsmäßigen Reichsregierung unter unwürdigen und rechtswidrigen Bedingungen verhaftet worden. Seitdem werden Sie an der Ausübung Ihrer Pflichten und Rechte gewaltsam gehindert.

Die Reichsregierung unter Ihrer Führung ist niemals zurückgetreten, hat niemals abgedankt, sich nicht aufgelöst und ist auch vom Deutschen Volk nicht abgesetzt worden.

In der berüchtigten Erklärung vom 5. Juni 1945 haben die alliierten Kriegsgegner die oberste Reichsgewalt an sich gerissen. Dieser Akt war völkerrechtswidrig und daher nichtig. Deshalb ist alles, was die Alliierten danach angeordnet und veranlaßt haben, sowie alles, was auf ihrem Völkerrechtsbruch aufbaut, rechts- widrig und vor allem moralisch im höchsten Grade unehrenhaft und verwerflich, wenn es auch in seiner tatsächlichen Wirkung nicht ungeschehen gemacht werden kann.

Das verbrecherische Nürnberger Tribunal und Ihre anschließende Haft hat an der Tatsache, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß Sie dessen rechtmäßige Staatsoberhaupt sind, nicht das Geringste geändert. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 den Fortbestand des Reiches und erklärt ausdrücklich, daß durch die Gründung der Bundesrepublik kein neuer westdeutscher Staat entstanden ist!

Ihren Rücktritt haben Sie bis heute nicht erklärt und könnten es auch nicht, ohne einen Nachfolger zu ernennen. Sie würden sonst die schwerste historische Schuld auf sich laden und dem deutschen Volk in seiner tiefsten Erniedrigung und Vergewaltigung die einzig rechtmäßige Regierung nehmen und den Feinden des Reiches einen willkommenen Vorwand liefern, Wie der Tenno für Japan auf seinem Posten blieb und die Verkörperung für die Einheit des Volkes über Demütigungen und Kriegsverbrecherprozesse hinaus garantierte, so ist die rechtlich unantastbare Position der Reichsregierung die beste Voraussetzung für die Wiedererrichtung unseres Staates,

Die Zerschlagung des Reichsgebietes war ein brutaler Willkürakt und ist rechtlich bedeutungslos! Österreich wurde vom Reich gerissen gegen den einmütigen Willen des deutschen Volkes. Die sogenannte DDR ruht nur auf sowjetischen Bajonetten und die sogenannte Bundesrepublik ist auf Befehl der Alliierten, der Todfeinde des deutschen Reiches, gegründet worden und nicht mit dem Willen des deutschen Volkes. Keines dieser Verwaltungsgebilde ist durch den staatsrechtlich gültigen Willen des deutschen Volkes zustande gekommen, Keines dieser Gebilde kann daher rechtlich oder moralisch Bestand haben und schon gar nicht Anspruch auf Gehorsam, Achtung und Treue erheben.

Es gibt nur einen Staat aller Deutschen: das Deutsche Reich in den Grenzen von 1945. Nur ein gültiger Friedensvertrag mit Ihnen als Staatsoberhaupt des Reiches könnte an dessen Bestand etwas ändern. Nur eine vom gesamten deutschen Volk in freiem Willen beschlossene Verfassung könnte uns eine andere als die bis 1945 gültige Staatsordnung geben. Bis zum heutigen Tage ist noch keine zuständige, vom gesamten deutschen Volk beauftragte Volksvertretung zusammengetreten.

Verehrter Herr Reichspräsident, mir ist klar, daß Sie aus Altersgründen Ihr rechtmäßiges Amt in einem besetzten, zerrissenen und versklavten Land nicht mehr ausüben können. Es würde Ihre Kraft und Möglichkeiten übersteigen. Sie können und müssen aber den Rechtsstandpunkt der legalen Reichsregierung so klar und unmißverständlich zum Ausdruck bringen, wie ihn das Bundesverfassungsgericht hinsichtlich des Deutschen Reiches ausgedrückt hat.

Ich bitte Sie daher unabhängig von allem, was Sie durchgemacht haben, unabhängig von allen Menschen und Einflüssen, allein von Ihrem Gewissen und vor Gott: Bekräftigen Sie Ihren Rechtsstandpunkt, wie Sie ihn bis zum 23. Mai 1945 vertreten haben, ohne Rücksicht darauf, was für politische Folgen daraus zu ziehen wären. Das ist sowieso die Aufgabe der nächsten Generation und

Blatt 3

Schreiben vom 14. Januar 1975

nicht mehr die Ihre. Wahren Sie die Reichseinheit in Ihrer Person!
Bringen Sie klar zum Ausdruck, daß Sie niemand aus der Verantwortung für das Reich und das Volk entlassen hat, weil Sie niemand daraus entlassen konnte. Machen Sie unmißverständlich klar, daß durch den Gewaltakt vom 23. Mai 1945 niemals neues Recht entstehen konnte, daß die rechtmäßige Deutsche Reichsregierung damit genauso wenig aufgehört hat zu bestehen wie das Deutsche Reich selbst.

Vertrauen Sie darauf, daß andere die Fackel ergreifen und weitertragen werden. Der Glaube an das Reich ist ungebrochen, und deshalb wird es eines Tages in neuer Herrlichkeit wiedererstehen!

30 Jahre demokratische Herrschaft haben die ganze Erde an den Rand der Selbstzerstörung gebracht und zur Genüge bewiesen, daß es keine Alternative zum Dritten Reich darstellt. Es gibt keine schändlichere, verlogenerere, volksfeindlichere und ehrlosere Regierungsform als diese. Von amerikanischen Schriftstellern und Gelehrten müssen wir uns heute sagen lassen, daß ein deutscher Sieg ein Segen für die ganze Menschheit gewesen wäre. Das schreibt nicht nur der größte lebende Historiker David Hoggan, sondern auch viele amerikanische Zeitschriften, darunter die seit 50 Jahren bestehende, angesehene Vierteljahresschrift American Mercury.

Unser Stolz verbietet es daher, öffentlich über mögliche Fehler des Dritten Reiches oder über andere Staatsformen zu reden, so lange Deutschland rechtslos und besetzt ist. Es gibt nur eine Aufgabe und ein Ziel für jeden Deutschen: Die Befreiung unseres Vaterlandes! Unser Wille darf sich auf nichts anderes richten. Jede andere Betätigung, besonders in sogenannten demokratischen Parteien, ist nicht nur unsinnig, sondern schädlich, weil sie die Selbsterfleischung zur Freude unserer Gegner fördert.

Ich erhoffe Ihre baldige Antwort, bin aber wegen der Bedeutung der Sache jederzeit bereit, bei Ihnen persönlich vorzusprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: M. Roeder

DÖNITZ
GROSSADMIRAL A. D.

EINGEGANGEN

22. Jan. 1975

RA ROEDER

2000 AUMÜHLE (HOLSTEIN),
PFINGSTHOLZALLEE 4
TELEFON 80 00

21. 1. 75

Sehr geehrter Herr Roeder!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief
vom 14. 1. 75.

Ich halte jedoch die Bildung
einer Exil-Reichsregierung we-
der rechtlich noch politisch
für sinnvoll.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr
Dönitz

MANFRED ROEDER

RECHTSANWALT

RA ROEOER 514 BENSHEIM ROONSTRASSE 8

614 BENSHEIM

ROONSTRASSE 8

TELEFON (05251)-444+

Herrn
Reichspräsidenten
Karl Dönitz

R/ka, 73265

2055 Aumühle
Pfungstholzallee 4

den 31. Januar 1975 r-k

Sehr geehrter Herr Reichspräsident !

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 21.1. 1975.

An die Bildung einer Exil -Regierung ist nicht gedacht. Es geht nur um die Klärung der Frage: Wie ist die rechtliche Lage der Reichsregierung, wenn sie niemals zurückgetreten ist.

Für jede künftige Entwicklung wird die Klärung dieser Frage eine entscheidende Rolle spielen.

Ich bitte Sie deshalb noch einmal, mir klar und unmißverständlich zu schreiben, ob Sie heute noch der rechtlichen Stellung nach Reichspräsident sind oder wann Sie dieses Amt niedergelegt haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez.: M.

Roeder

DÖNITZ
GROSSADMIRAL A. D.

EINGEGANGEN
- 7. Feb. 1975
RA ROEDER

2005 AUMÜHLE (HOLSTEIN),
PFINGSTHOLZALLER 4
TELEFON 80 09

6. 2. 75

Sehr geehrter Herr Roeder!

Ich danke Ihnen für Ihren
Brief vom 31. Jan. 75.

Das Amt des Reichspräsidenten
beruht auf der Weimarer Verfassung.
Demnach wurde der Reichspräsident
gewählt und zwar auf sieben
Jahre. Ich bin nicht gewählt
worden, und meine Amtsführung
als Staatsoberhaupt in der Zeit
vom 1. bis 21. Mai 1945 liegt
dreissig Jahre zurück.

Ich überlasse es Ihnen, daraus
die rechtlichen Folgerungen zu
ziehen.

Hochachtungsvoll
Dönitz



GROSSADMIRAL DÖNITZ –
Nachfolger Adolf Hitlers = Reichspräsident und Oberbefehlshaber
der deutschen Wehrmacht

MANFRED ROEDER

RECHTSANWALT

RA ROEDER 514 BENSHEIM ROONSTRASSE 8

614 BENSHEIM

ROONSTRASSE 8

TELEFON (05251)-4444

R/ka, 73265

den 19. 4. 75

Herrn
Reichspräsidenten
Karl Dönitz
2055 Aumühle
Pfungstholzallee 4

Sehr geehrter Herr Großadmiral

Ihrem freundlichen Brief vom 6.2.75 entnehme ich, daß Sie nicht mehr als Reichspräsident angedet werden wollen. Das respektiere ich, obwohl die Rechtslage keineswegs geklärt sein dürfte.

Das Amt des Reichspräsidenten ist durch ein Volksbegehren nach dem Tode Hindenburgs mit dem Amt des Reichskanzlers verschmolzen worden. Es hieß fortan "Führer und Reichskanzler", Eine Wahl nach der Weimarer Verfassung fand nicht mehr statt, zumal alle Parteien sich aufgelöst hatten und die Verfassung durch die Wirklichkeit der Verfassungsausübung mit Billigung des ganzen Volkes umgestaltet worden war.

Der Führer hat Sie aber ausdrücklich zum Reichspräsidenten bestimmt, und Sie haben das Amt angenommen. Dieses Amt ist damit in neuer Form und nicht mehr gemäß der überholten Verfassung wiedererstanden,

Bis zum 23. Mai 1945 haben Sie das Amt des Staatsoberhauptes (Reichspräsidenten) und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht ausgeübt, Durch Ihre rechtswidrige Verhaftung sind Sie zwar an der Wahrnehmung Ihrer Rechte und Pflichten gehindert worden, an der Rechtslage und der Rechtmäßigkeit Ihrer Ämter hat sich dadurch nichts geändert, wie Sie selbst in Ihrer Erklärung in Bad Mondorf vom Juli 1945 festgestellt haben.

Es erhebt sich nun die wirklich schwierige Frage, ob überhaupt und ggf. wann Ihr Amt als Staatsoberhaupt rechtlich gültig beendet worden sein kann. Das deutsche Volk ist jedenfalls in rechtlich gültiger Weise nie dazu gehört worden. Es ist auch nie in gültiger Weise über eine evtl. Amtsniederlegung unterrichtet worden. Stillschweigend aber kann man wohl auf ein solches Amt nicht verzichten.

-

Verehrter Herr Großadmiral, es ist nicht Starrköpfigkeit, wenn ich auf Klärung dieser Frage beharre. Schließlich geht es nicht um irgendeine Privatangelegenheit, sondern um die Rechtsgrund-

lage und um die Würde des deutschen Volkes, Es geht um 80 Millionen Deutsche.

Ihre Antwort sollten Sie nicht davon abhängig machen, ob die Nachkriegsverbrecher Ihre oder meine Post lesen. Sollen sie! Alles, was nach dem 23. Mai 1945 geschehen ist, ist sowieso völkerrechtswidrig. Und eines nicht allzu fernen Tages werden wir dieses demokratische Gesindel zu Paaren treiben. Denn das deutsche Volk und das Deutsche Reich leben ewig und werden auch diese schändlichste aller Zeiten überdauern.

Mit den ergebensten Grüßen und guten Wünschen! Ihr

gez.: Roeder

Dokumente sprechen eine klare Sprache:

Das Deutsche Reich ist nicht untergegangen! Die Reichsregierung ist nie zurückgetreten! Alle Eingriffe der Alliierten waren völkerrechtswidrig und daher nichtig!

Großadmiral Dönitz Bad Mondorf, Juli 1945

Der Kommandant des Lagers, in dem ich mich als Kriegsgefangener befinde, verlas am 7. Juli eine aus 3 Paragraphen bestehende Anordnung, die in § 2 u. a. die Feststellung enthielt, der *Deutsche Staat* habe aufgehört zu bestehen. Der Satz wurde auf meine Einwendung nachträglich dahin berichtigt, daß es heißen sollte, die *Deutsche Regierung* habe aufgehört zu bestehen.

Um Mißverständnissen über meinen Standpunkt vorzubeugen, treffe ich folgende Klarstellung:

1. Die Kapitulation ist von meinen Beauftragten auf Grund einer schriftlichen Vollmacht geschlossen worden, die ich als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und damit Oberster Befehlshaber der Wehrmacht zugestellt habe, und die in dieser Form von den bevollmächtigten Vertretern der Alliierten Streitkräfte verlangt war und anerkannt wurde. Die Alliierten haben mich dadurch selbst als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches anerkannt.
2. Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungs- lose Kapitulation der drei Deutschen Wehrmachtsteile hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden. Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai im Geschäftsverkehr gestanden.
3. Die im Abschluß an die Kapitulation erfolgende vollständige Besetzung des Deutschen Reichsgebietes hat an *dieser Rechtslage* nichts geändert. Sie hat nur mich und meine Regierung *tatsächlich* behindert, in Deutschland Regierungshandlungen zu vollziehen.
4. Ebenso wenig konnte meine und meiner Regierung Gefangennahme auf die dargelegte Rechtslage Einfluß haben. Sie hatte nur zur Folge, daß jede tat- sächliche Amtstätigkeit für mich und meine Regierung vollständig aufhörte.
5. Mit dieser Auffassung über die Rechtsfolgen der erwähnten militärischen Vorgänge befinde ich mich in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts.



GEDÄCHTNISPROTOKOLL

Besuch bei Großadmiral Dönitz am 22. Mai 1975 mit Hannes Falk (Wien)
etwa von 18⁰⁰ - 18³⁰ Uhr.

Er empfängt uns in seinem mit wunderbaren alten Möbeln eingerichteten
Zimmer und hat bereits ein Tablett mit drei Gläsern und einer Flasche
Saft auf dem Tisch stehen. Wir waren telefonisch angemeldet.

Auf dem Tisch liegt auch die Einladung zum "Reichstag zu Flensburg".

Dönitz eröffnet sofort das Gespräch: "Ich halte das für falsch!" Er
deutet auf die Einladung zum Reichstag. Er möchte nichts damit zu
tun haben und dabei auch nicht erwähnt werden.

Frage: "Was halten Sie für falsch, Herr Großadmiral?"

Dönitz: "Das hier. Diese generelle Verurteilung der Demokratie: Seitdem
herrschen Rechtlosigkeit, Lüge und Terror."

Wir: "Sie waren doch das erste Opfer der Demokratie mit ihrer Gewalt
und Rechtsverachtung." Wir versichern ihm, daß wir nicht
deshalb gekommen wären, um ihn für den Reichstag zu gewinnen
oder seine Unterstützung zu bekommen, sondern wir wollten die
Fragen des Reiches und der Regierung mit ihm besprechen. Er
hört aufmerksam zu und unterbricht nicht, als ich ihm noch einmal
die Rechtslage darlege, wie es schon in den Briefen vorher mit
ihm geschehen ist. Daraus geht klar hervor, daß er immer noch
Staatsoberhaupt ist, da er nie zurückgetreten oder abgesetzt
worden ist. Ich erkläre ihm, daß er für viele Deutsche,
besonders im Ausland, immer noch der verehrungswürdige
Reichspräsident und das Symbol der Einigkeit
des Deutschen Volkes ist, daß ich sein Bild an den Wänden bei den
Deutschen in Johannesburg gesehen habe und frage ihn direkt:
"Was sollen wir diesen Leuten sagen, wenn
sie uns fragen, was aus der Reichsregierung und dem
Staatsoberhaupt geworden ist?" Dönitz: "Das weiß ich nicht."

Frage: "Sie haben doch in Ihrer Bad Mondorfer Erklärung klar zum
Ausdruck gebracht, daß durch ihre Verhaftung sich nichts an
dem Bestand des Reiches und der Rechtmäßigkeit Ihres Amtes
geändert habe. Wann hat sich denn
etwas geändert?"

Dönitz: "Nichts hat sich geändert."

Frage: "Dann gilt also die Mondorfer Erklärung auch heute noch?" Dönitz:
"Ich glaube ja. Sie gilt wohl auch heute noch."

Frage: "Dann gibt es also noch den Reichspräsidenten. Der
Präsident ist noch da?"

- Dönitz: "Ja, der ist noch da."
Frage: "Aber sein Amt ruht, weil es nicht ausgeübt wird?" Dönitz: "Ja, das Amt ruht."
Frage: "Was soll nun aus dem Amt des Präsidenten werden? Was sollen wir all' den Leuten, die sehnsüchtig warten, sagen, was aus dem Reich und seiner Regierung und seinem Präsidenten geworden ist?"
Dönitz: "Das ist eine schwierige Frage. Darüber habe ich in den letzten Jahren nicht mehr nachgedacht. Darüber muß ich erst nachdenken und mich mit meinem Rechtsanwalt unterhalten."

Dönitz versichert, daß er sofort mit seinem früheren Verteidiger und Anwalt diese Frage erörtern möchte, wenn dieser aus dem Urlaub zurück sei, in etwa 14 Tagen. Sein Rechtsanwalt Kranzbühler, der ihn in Nürnberg verteidigt hat, wäre auch völkerrechtskundig. Wir könnten uns in 14 Tagen nach dem Ergebnis erkundigen. Daraufhin verabschiedeten wir uns.

Am nächsten Tag, dem 23. Mai 1975, fand der "REICHSTAG ZU FLENSBURG", statt. Die sogenannte Landesregierung von Schleswig -Holstein hatte eine Sondersitzung deswegen abgehalten und die Veranstaltung verbieten lassen. Das Verbot konnte aber wegen der Kürze der Zeit nicht zugestellt werden. Als Rechtsanwalt Roeder um 20" Uhr den Reichstag vor dem Deutschen Haus in Flensburg eröffnete, rückten 200 mit Schilden und Schlagstöcken bewaffnete Polizisten gegen die Teilnehmer vor und verhafteten Roeder.

Am 23. Mai 1975 Reichstag zu Flensburg **Tag aller DEUTSCHEN**

TAG DES UNVERGÄGLICHEN REICHES

Vor 30 Jahren, am 23. Mai 1945 wurde die letzte deutsche Regierung in Flensburg unter entwürdigenden Bedingungen widerrechtlich verhaftet.

Durch diesen beispiellosen Banditenstreich von Engländern und Amerikanern wurde das deutsche Volk seiner rechtmäßigen und gewählten Führung **beraubt**. Das schreckliche, das führerlose, das demokratische Zeitalter brach **an. Seitdem herrschen Lüge, Rechtlosigkeit** und Terror.

Niemals werden wir uns damit abfinden. Deshalb treffen wir uns am 30. Jahrestag der Vergewaltigung des deutschen Volkes und rufen es in **alle Welt:**

DIE
REICHSREGIERUNG IST NIE ZURÜCKGETRETEN!

Das
DEUTSCHE REICH IST NIE UNTERGEGANGEN!
DAS DEUTSCHE REICH SIND WIR!

Wir fordern die Wiederherstellung des Rechts!

Wir fordern die Wiederherstellung eines freien, unbesetzten Reiches, eine freie, unabhängige Regierung aller Deutschen.

**Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht und die Eigenständigkeit aller Völker. Und beginnen diesen. wahren Befreiungskampf mit einem machtvollen
Bekennntnis zum Deutschen Reich**

Am 23.11.1975

20.00
Uhr in

Flensburg im Deutschen Haus

Für dieses Flugblatt verurteilte das Landgericht Flensburg Manfred

Roeder zu sechs Monaten 3efängnis ohne Bewährung, weil darin 'eine erhebliche kriminelle Energie' zum Ausdruck komme. Das Urteil wurde vom Bundesgerichtshof und vom Bundesverfassungsgericht ohne jede Begründung bestätigt.



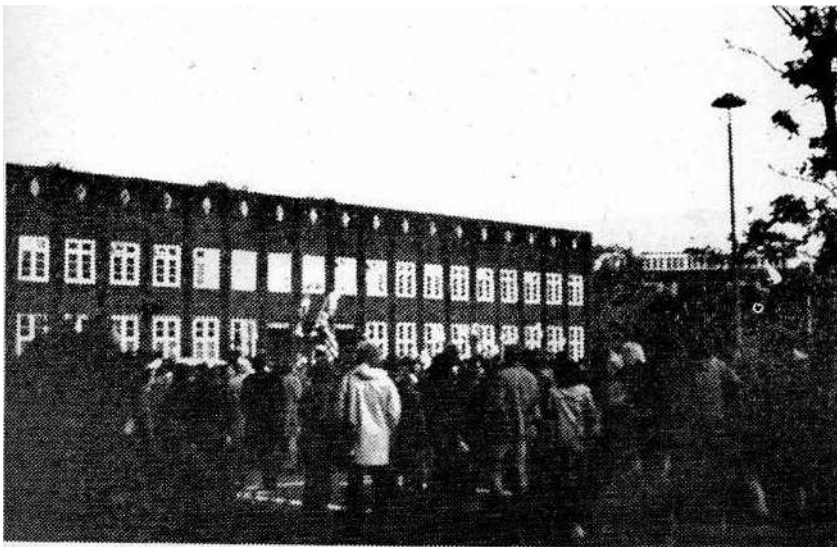
REICHSTAG zu FLENSBURG 1975 vor dem Deutschen Haus. In der Mitte: Roeder und Christophersen.



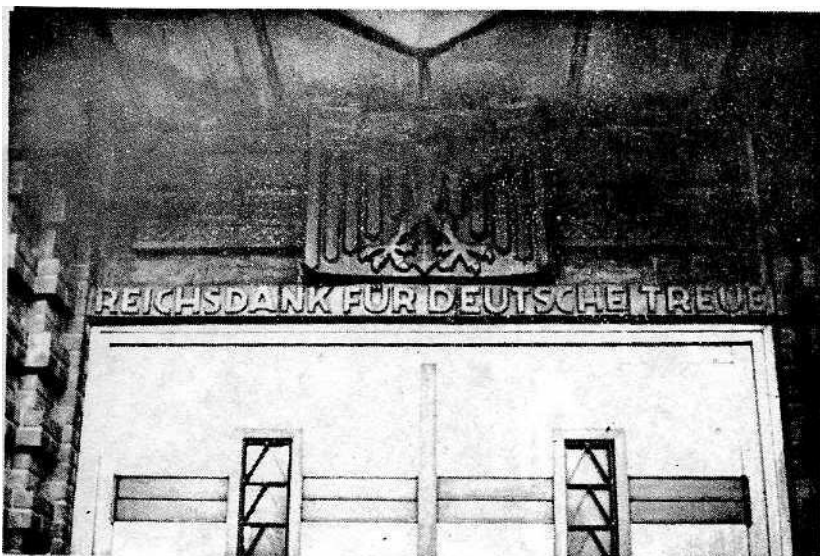
REICHSTAG zu FLENSBURG am 23. Mai 1975
So gingen 200 Polizisten gegen die Teilnehmer des Reichstages vor. Roeder wurde verhaftet.



Trotz Verbot und Polizeiaufgebot werden von der Volksmenge Fahnen entrollt und Fackeln entzündet.



Dann gehen die alliierten Fahnen in Flammen auf – als Protest gegen ihre rechtswidrige Einmischung in deutsche Angelegenheiten.



Eingang zum Deutschen Haus in Flensburg



FLENSBURG April 1976

MANFRED ROEDER

RECHTSANWALT

RA ROEOER 514 BENSHEIM ROONSTRASSE 8

614 BENSHEIM

ROONSTRASSE 8

TELEFON (05251)-444+

R/ka, 73265

Herrn
Reichspräsidenten
Karl Dönitz

2055 Aumühle
Pfungstholzallee 4

den 27. Juni .19 75 R/KI

Verehrter Herr Großadmiral,

noch einmal darf ich mich für die freundliche und aufschlußreiche Unterredung bedanken, die wir am 22. Mai mit ihnen führen konnten. Inzwischen werden Sie durch ein Rundschreiben der Bürgerinitiative über den Verlauf des Reichstages zu Flensburg erfahren haben.

Es war ein voller Erfolg, da wir genau das erreicht haben, was wir uns vorgenommen hatten. Einen Tag des Reiches genau 30 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Verhaftung unserer Reichsregierung an dem Ort dieses Verbrechens abzuhalten, sollte die Weltöffentlichkeit und vor allem das Deutsche Volk auf das Unrecht hinweisen, das man uns angetan hat und in dem wir bis auf den heutigen Tag leben müssen.

Da die Presse dieses unser Anliegen bereits vorher ausführlich behandelt hat, ist die Öffentlichkeit in weitestem Umfang darüber aufgeklärt worden, was vor 30 Jahren in Flensburg geschah. Am 10. Juni erschien außerdem im ZDF unter dem Stichwort "Kennzeichen UI eine kurze aber ziemlich objektive Berichterstattung über die Ereignisse beim Reichstag zu Flensburg.

Es ging uns vor allem darum, durch das Verbrennen der englischen und amerikanischen Fahne Vergeltung zu üben für das himmelschreiende Unrecht, das man Ihnen und unserer Reichsregierung damals angetan hat, denn diese beiden Länder waren durch ihre Regierungen dafür verantwortlich. Mir ist bis heute kein einziger englischer oder amerikanischer Soldat bekannt, der sich solchen verbrecherischen Befehlen widersetzt oder sie hinterher öffentlich kritisiert hätte. Insofern kann man tatsächlich von einer Kollektivschuld der englischen und amerikanischen Armee sprechen. Es sind wirklich keine Soldaten im deutschen Sinne, sondern blinde Erfüllungswerkzeuge verbrecherischer Cliques. Daran hat sich bis zum heutigen Tage nichts, aber auch gar nichts geändert.

MANFRED ROEDER, RECHTSANWALT

Blatt 2

Der Reichstag zu Flensburg sollte keine Exilregierung sein, auch keine neue Deutsche Regierung oder irgendein Gesetzgebungsorgan darstellen. Der Reichstag soll nur ein Sprachrohr, ein Organ aller reichsbewußten Deutschen sein, die sich mit ihren Forderungen und Wünschen an die Weltöffentlichkeit wenden können, da Sie Ihr rechtmäßiges Amt als Staatsoberhaupt nicht mehr aus- üben und es keine anderen handlungsfähigen Organe des Reiches mehr gibt. Unser ganzes Anliegen richtet sich darauf, Deutschland von den Besatzungsmächten und vom Besatzungsrecht zu befreien, damit sich endlich wieder eine freie, vorn Deutschen Volk gewählte Regierung bilden kann.

Sie versprochen uns bei unserer Unterredung, daß Sie mit Ihrem Rechtsanwalt Kranzbühler die völkerrechtliche Frage besprechen wollten, was aus Ihrem Amt als Reichspräsident geworden ist. Darf ich Sie hiermit höflich bitten, mir das Ergebnis dieser Aussprache mitzuteilen?

Ich selbst habe als Rechtskundiger diese Frage durchgedacht und in einem Artikel formuliert, der jetzt in der neuesten Nummer von American Mercury erschienen ist. Eine Kopie füge ich zu Ihrer Kenntnis bei.

Da das Reich keine handlungsfähigen Organe mehr hat, ist es das Recht jedes deutschen Bürgers, auf diesen unhaltbaren, fürchterlichen Zustand hinzuweisen und alle geeigneten Schritte zur Bewältigung dieser Rechtlosigkeit vorzunehmen. Denn eine andere als eine Reichsregierung kann niemals rechtmäßig sein!

Der Reichstag zu Flensburg hat mich beauftragt, als Sprecher aller reichsbewußten und rechtsbewußten deutschen Bürger aufzutreten und vor der Welt die Wiederherstellung eines unabhängigen deutschen Reiches zu fordern. Darf ich aus unserem Gespräch den Schluß ziehen, daß Sie gegen ein derartiges Vorgehen keine Einwendungen haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez.:

M. Roeder

Rechtsanwalt

Anlage

Abschrift

DÖNITZ
GROSSADMIRAL A. D.

EINGEGANGEN

11. Juli 1975

RA KUEDER

2055 AUMÜHLE (HOLSTEIN),
PFINGSTHOLZALLEE 4
TELEFON 80 00

2.7.1975

Sehr geehrter Herr Roeder

In der Besprechung bei mir am 22.5. habe ich Ihnen zugesagt, mich zu Ihrer Auffassung, daß ich heute noch Reichspräsident sei, schriftlich zu äußern. Diese Zusage möchte ich einhalten.

Wie Ihnen bekannt ist, beruhte meine Übernahme der Aufgaben eines Staatsoberhauptes auf dem folgenden Funktelegramm vom 30. April 1945:

"An Stelle des bisherigen Reichsmarschalls Göring (Göring sollte alle Funktionen Hitlers bei dessen Tod übernehmen, also Führer und Reichskanzler, sowie Oberbefehlshaber der Wehr macht. - Die Red.) setzt der Führer Sie, Herr Großadmiral, als seinen Nachfolger ein. Schriftliche Vollmacht unterwegs. Ab sofort sollen Sie sämtliche Maßnahmen verfügen, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben. Bormann."

Am 1. Mai folgten zwei weitere Funksprüche mit folgendem Wortlaut:

"Testament in Kraft. Ich werde so schnell wie möglich zu Ihnen kommen. Bis dahin m. E. Veröffentlichung zurückstellen. Bormann. "

"Führer gestern 15.30 Uhr verschieden. Testament vom 29.4. überträgt Ihnen das Amt des Reichspräsidenten, Reichsminister Goebbels das Amt des Reichskanzlers, Reichsleiter Bormann das Amt des Parteiministers, Reichsminister Seyß-Inquart das Amt des Außenministers. Das Testament wurde auf Anordnung des Führers an Sie, an Feldmarschall Schörner und zur Sicherstellung für die Öffentlichkeit aus Berlin herausgebracht, Reichsleiter Bormann versucht, noch heute zu Ihnen zu kommen, um Sie über die Lage aufzuklären. Form und Zeitpunkt der Bekanntgabe an Truppe und Öffentlichkeit bleibt Ihnen überlassen. Eingang bestätigen. Goebbels, Bormann."

Die in dem ersten Funkspruch angekündigte schriftliche Vollmacht habe ich nie erhalten. Allein der Inhalt und die Unterzeichner der zitierten Funksprüche schließen für mich jede ernsthafte Möglichkeit aus, daraus heute, nach dreißig Jahren, das Amt als Reichspräsident in Anspruch zu nehmen.

Tatsächlich habe ich mich in meiner Erklärung vom 1.5.1945 sehr bewußt nicht als Reichspräsident sondern als Staatsoberhaupt bezeichnet, um damit den rein faktischen Vorgang der Ausübung der obersten Regierungsgewalt nicht mit verfassungsrechtlichen Problemen zu belasten. Diese faktische Ausübung der obersten Regie-

rungsgewalt hat mit Sicherheit seit Jahrzehnten ein Ende gefunden, wobei ich es den Historikern überlasse, den genauen Zeitpunkt festzustellen. Ich habe auch nach meiner Entlassung aus dem Spandauer Gefängnis im Jahre 1956, wo ich theoretisch die Möglichkeit dazu gehabt hätte, niemals erklärt, daß ich mich nach wie vor als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches betrachte. Eine solche Erklärung wäre auch unter den inzwischen eingetretenen politischen Verhältnissen nicht nur rechtlich belanglos, sondern politisch unklug gewesen.

Denn inzwischen hatte sich die Bundesrepublik Deutschland in der Präambel des Grundgesetzes für das ganze deutsche Volk die Einheit und Freiheit Deutschlands zum obersten politischen Ziel gesetzt. Sie ist damit verfassungsrechtlich zum Träger des Reichsgedankens geworden, auch wenn ihre jeweiligen Regierungen sich nur mit unterschiedlichem Nachdruck für die Verwirklichung dieses Gedankens einsetzen.

Bei diesem Sachverhalt, den ich bei meiner Entlassung aus Spandau 1956 vorgefunden habe, hätte jede Erklärung von mir, daß ich mich als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches betrachte, nur nachteilig auf den Willen zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes wirken können.




Ich erkläre Ihnen daher ausdrücklich, daß ich mich nicht als Reichspräsident des Deutschen Reiches betrachte.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez.:

Karl Dönitz



Die Zerstückelung des deutschen Siedlungsraumes durch zwei Weltkriege.

-  Nach dem 1. Weltkrieg geraubte Gebiete
-  Nach dem 2. Weltkrieg geraubte Gebiete
-  Österreich durch Siegediktat vom Reich getrennt

RECHTSGRUNDLAGE UND VOLLMACHT FÜR DEN REICHSTAG

Briefwechsel und Gespräch mit Dönitz dienten der Klärung, ob er oder jemand anders Rechte geltend macht.

Das war nicht der Fall. Reich und Volk waren führungslos und ohne jede gemeinsame Interessenvertretung.

Der sogenannte Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik beruht auf Besetzungswillkür, nicht auf dem Recht des Volkes. Die Bundesrepublik hat auch nie behauptet, rechtmäßiger Nachfolger der Reichsregierung zu sein. Dazu hätte es einer formellen Übergabeverhandlung zwischen Dönitz und der Bundesregierung bedurft. Eine solche hat nicht stattgefunden.

Die Bundesrepublik hat auch nie die Nachfolge des Reiches, wie es bei Kriegsende bestand, beansprucht. Sie hat im Gegenteil, von Anfang an und völlig willkürlich, Rechte nur in den Grenzen von 1937 wahrnehmen wollen; zum Reich gehörten aber - von allen Völkern anerkannt - Österreich, Elsaß-Lothringen, Sudetenland, Memelgebiet, sowie mit Sonderstatus: das Protektorat Böhmen und Mähren (auch von allen Völkern anerkannt). Während des Krieges kamen hinzu: Westpreußen, Danzig, Posen, Südtirol wie Südkärnten, und ebenfalls unter Sonderstatus: das Generalgouvernement.

Die Bundesregierung hat sich niemals für diese Gebiete und Menschen verantwortlich gefühlt. Es gab also seit der Verhaftung Dönitz keine Reichsvertretung mehr.

Dönitz wollte niemanden mehr bevollmächtigen, weil er jede weitere Verantwortung ausdrücklich ablehnt.

Es kommt also nur eine neue, originäre Übernahme der Reichsvertretung in Frage. Das ist ein elementarer Vorgang, ähnlich einem Naturereignis, jenseits von allem Paragraphengestrüpp. Das Lebensrecht des Volkes verleiht diesem Vorgang die Legitimität, die dann allerdings anderen gegenüber durchgesetzt werden muß.

Legitimiert zur Reichsvertretung sind selbstverständlich nur Bürger, die mit allem, was sie haben und sind, für das Reich eintreten, nicht Reichsfeinde oder -solche, die sich von vornherein mit weniger als dem Reich abfinden. Deshalb scheiden alle heutigen demokratischen Politiker als erklärte Reichsfeinde aus; sowie alle sogenannten Nationalen, die sich mit dem heutigen Zustand der Parteiendemokratie und dem Grundgesetz als Verfassung abgefunden haben. Denn Grundgesetz und Reichsverfassung schließen sich gegenseitig aus, wie aus Art. 146 klar hervorgeht, in dem es heißt: 'Dieses Grundgesetz verliert seine Wirksamkeit an dem Tage, an dem sich das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung eine Verfassung gibt.'

Deshalb sind die Grundgesetz-Verfechter die erbittertsten Reichsfeinde. Sie wollen ein Provisorium verewigen. Wir wollen es so schnell wie möglich überwinden.

Unsere Vollmacht kann also weder von Dönitz noch von einem Nachkriegspolitiker kommen, sondern nur vom Volk selber. Da aber in einem besetzten Land keine Möglichkeit besteht, eine freie und allgemeine Volksversammlung einzuberufen, könnte es nur in einer Notversammlung geschehen, wie es in der Geschichte immer wieder vorgekommen ist. So haben sich die Vertreter des Prager Frühling nach dem Einmarsch der Russen geheim getroffen. So mußten sich preußische Patrioten unter Napoleons Besatzung geheim treffen, auswandern oder fliehen. So hat Lenin die Machtübernahme vom Exil aus vorbereitet. So hat Khomeini den Sturz des Schah im Exil betrieben. Niemand hat ihm eine Vollmacht für sein Tun gegeben. Niemand konnte ihm etwas geben Und de Gaulle ernannte sich nach der Besetzung Frankreichs allein zur Exilregierung.

Unsere Vollmacht für den Reichstag kommt aus dem Unrecht des deutschen Volkes, wie es von Schiller im Wilhelm Tell beschrieben ist. Auch die ursprünglichen Eidgenossen mußten sich aus freien Stücken zur Nacht geheim treffen, um sich ihr Naturrecht wieder zu nehmen, das ihnen eine tyrannische Fremdmacht genommen hatte.

So müssen wir auf unserm eignen Erb
Und väterlichen Boden uns verstoßen
Zusammenschleichen, wie die Mörder tun,
Und bei der Nacht, die ihren schwarzen Mantel Nur dem
Verbrechen und der sonnenscheuen Verschwörung
leihet, unser gutes Recht
Uns holen, das doch lauter ist und klar, gleichwie der
glanzvoll offene Schoß des Tages.

So laßt uns tagen nach den alten Bräuchen
Des Lands, wie wirs in ruhigen Zeiten pflegen; Was
ungesetzlich ist in der Versammlung, Entschuldige die
Not der Zeit. Doch Gott
Ist überall, wo man das Recht verwaltet, Und
unter seinem Himmel stehen wir

Wohl laßt uns tagen nach der alten Sitte;
Ist es gleich Nacht, so leuchtet unser Recht. Ist gleich
die Zahl nicht voll, das Herz ist hier
ganzen Volks, die Besten sind zugegen. Sind
auch die alten Bücher nicht zur Hand, Sie sind in
unsre Herzen eingeschrieben.

Diese Zeilen wurden zur Bekräftigung unseres Anspruchs auf dem Reichstag zu Flensburg, am 23. Mai 1975, um Mitternacht in einer mit den Reichsfarben geschmückten Scheune verlesen.

Und weiter hallten die Dichterworte des Freiheitshelden Schiller, der für seine politischen Ideale eingesperrt wurde:

Wir sind ein Volk, und einig wollen wir handeln.

Aber haben sich die meisten Deutschen nicht mit der Besatzung abgefunden und mit dem Wohlstand arrangiert?

Genau dieselbe Erfahrung machten auch die Ur-Eidgenossen:

Die andern Völker tragen fremdes Joch, Sie
haben sich dem Sieger unterworfen. Es leben
selbst in unsern Landesmarken
Der Sassen viel, die fremde Pflichten tragen, Und ihre
Knechtschaft erbt auf ihre Kinder. Doch wir, der
alten Schweizer echter Stamm, Wir haben stets die
Freiheit uns bewahrt. Nicht unter Fürsten bogen wir
das Knie, Freiwillig wählten wir den Schirm der
Kaiser.

Denn dieses ist des Freien einz'ge Pflicht,
Das Reich zu schirmen, das sie selbst beschirmt. Was
drüber ist, ist Merkmal eines Knechts.

Dem Kaiser selbst versagten wir Gehorsam, Da er
das Recht zu Gunst der Pfaffen bog.

Wenn das schon gegenüber Kaisern galt, so haben wir viel mehr die
Pflicht, sogenannten Volksvertretern den Gehorsam zu verweigern, wenn
sie das Recht zugunsten haßerfüllter Minderheiten beugen, wie im Fall der
Verjährungsfrage, oder das Volk mit Propagandalügen überschütten und mit
angeblichen deutschen Kriegsgreueln.

Auch zu den Ostverträgen hat Schiller bereits Stellung genommen:

Kein Kaiser kann, was unser ist, verschenken.
(Nur moderne Volksvertreter können verschenken, was
dem Volk gehört, Land, Kredite, Wiedergutmachung!)

So sprachen unsere Väter! Sollen wir Des neuen
Joches Schändlichkeit erdulden, Erleiden von dem
fremden Knecht, was uns In seiner Macht kein
Kaiser durfte bieten?

Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht:

Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, wenn
unerträglich wird die Last - greift er Hinauf getrost
Mutes in den Himmel

Und holt herunter seine ew'gen Rechte, Die
droben hangen unveräußerlich

Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst - Der alte
Urstand der Natur kehrt wieder, Wo Mensch dem
Menschen gegenübersteht - Zum letzten Mittel, wenn
kein andres mehr

Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben - Der
Güter höchstes dürfen wir verteidigen Gegen Gewalt
- wir stehn vor unser Land, Wir stehn vor unsre
Weiber, unsre Kinder!

Die alten Rechte, wie wir sie ererbt
Von unsern Vätern, wollen wir bewahren, Nicht ungezügelt nach dem Neuen
greifen.

Und dann sprach die Reichsversammlung den Eid des alten Bundes nach, wie er vor Jahrhunderten zur Nacht auf dem Rütligeschworen und in vielerlei Gestalt immer wieder erneuert worden ist:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, In
keiner Not uns trennen und Gefahr.
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, Eher den
Tod, als in der Knechtschaft leben.

(als unter ständiger Besatzung, Verfassungsschutz und politischer Polizei)

Und dann kam das Glaubensbekenntnis:

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
Und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen?

Nach diesem Schwur wurde *

die FREIHEITSBEWEGUNG DEUTSCHES REICH gegründet und
Manfred Roeder einstimmig zu ihrem Sprecher gewählt.

Die letzten Tage der Reichsregierung

Graf Schwerin von Krosigk

Dieser Bericht ist zusammengestellt nach Ausführungen des Reichsministers Graf Schwerin v. Krosigk, des Außenministers der letzten Reichsregierung unter Dönitz, die sich am 30. 5. 45 im schleswigschen Raum konstituierte. (Beutin-Flensburg.)

Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, aus dem obersächsischen Uradelsgeschlecht v. Krosigk stammend, ist am 22. 8. 1882 Rathmannsdorf (Anhalt) geboren. 1929 war er Ministerdirektor im Finanzministerium und ins Juni 1932 erfolgte seine Ernennung zum Reichsfinanzminister, als welcher er auch Mitglied des ersten Reichskabinetts der Regierung Hitler war.

Am 30. April kam dann die erste Nachricht, daß Großadmiral Dönitz zum Nachfolger Hitlers bestimmt sei. Dies war nicht überraschend. Schieden doch Göring und Himmler für eine Nachfolge aus. Die vorauszusehende Niederlage und die Kapitulation mußten durch Militärs bearbeitet werden. Von den Oberbefehlshabern aber war nur Dönitz für die Flotte da, und Dönitz besaß überdies das besondere Vertrauen des Führers. Am 1. Mai trafen drei Funksprüche ein: Der erste Funkspruch teilte mit, daß der Großadmiral zum Nachfolger Hitlers ernannt sei. Nach außen sollte davon kein Gebrauch gemacht werden. Der zweite Funkspruch teilte mit, daß der Führer am 30. April um 15.30 Uhr verschieden sei. Dönitz sei zum Nachfolger bestimmt. Das Testament des Führers treffe mit Martin Bormann bei Dönitz ein. Im dritten Funkspruch hieß es: Dönitz sei zum Reichspräsidenten. Goebbels zum Reichskanzler und Bormann zum Parteiminister bestimmt worden. 1» aller Erinnerung sind noch die Rundfunksprachen des Großadmirals an das Deutsche Volk über den Tod des Führers und die einfache, würdige und erschütternde Totenfeier im Rundfunk.

Nun kam eine amerikanisch-englische Kommission nach Mürvik, wo in der Marineschule an der Flensburger Förde die Reichsregierung in Permanenz tagte. Diese Kommission war auf Weisung Eisenhowers sachlich nüchtern. Schwerin von Krosigk und Backe legten ihr in Denkschriften die Notwendigkeit zentraler Verwaltung dar mit dem Erfolg, daß Backe Mitte Mai ins Hauptquartier Eisenhowers flog, um die Verhandlungen fortzuführen und zum Abschluß zu bringen. Doch Backe kehrte von dort nicht zurück und man erhielt schließlich die Mitteilung, daß er in Reims interniert worden war. Dorpmüller dagegen, mit seinen 74 Jahren vital und alle überfahrend, obwohl er krank war. garantierte. daß der Verkehr in sechs Wochen wieder in Schwung sei, aber er verlangte bei seinen Verhandlungen mit dem Feind, daß dieser ihm in seine Maßnahmen nicht dreinrede und keine Menschen fortnehme, auch keine Parteigenossen. Auch Dorpmüller flog nach Reims und führte seine Verhandlungen in einem Schloß bei Paris weiter. Er erhielt den Auftrag, den Verkehr in der englisch-amerikanischen Zone in Stand zu setzen. Dann erkrankte er während seiner Verhandlungen in Frankreich plötzlich schwer und starb kurze Zeit. danach in Sielen. „Später erfuhren wir dann“, so erklärte v. Krosigk weiter, „daß die Engländer ganz bewußt, die Amerikaner zurückhaltender, eine zentrale deutsche Verwaltung bejahten und auf dem Standpunkt standen, daß eine Regierung Dönitz zu- nächst annehmbar sei. Dies ging auch aus dem Vorschlag eines amerikanischen Generals hervor, daß der deutsche Panzergeneral v. Schwerin durch Dönitz zum Ober-

Befehlshaber des deutschen Heeres ernannt werden sollte. Auch dies bedeutete eine Anerkennung der Regierung Dönitz.

In dieser Zeit trat nun in der Haltung der Feinde gegenüber der Reichsregierung Dönitz ein völliger Umschwung ein, der durch die russische Hetze und die Siedehitze in den westlichen Ländern, die ein Opfer verlangten, bedingt war. Der Termin läßt sich genau bestimmen: am 17. Mai waren Eisenhower und Montgomery zu Churchill beordert. Von dieser Zusammenkunft her datiert offenbar der Umschwung. Plötzlich wurde der Feldmarschall Busch, der bei Montgomery war, wie ein Schuhputzer behandelt. Diese neue Situation verwirrte viele Menschen auf deutscher Seite völlig. Bei den jungen Offizieren um Dönitz trat plötzlich ein totaler Umschwung ein, und die Auffassung herrschte vor: Wenn England uns wieder verrät, dann auf zu den Russen! Hinzu kam die unglaublich geschickte russische Propaganda des Senders Berlin und die Erklärung Churchills, daß es nicht beabsichtigt sei, einen Keil zwischen Ost und West treiben zu lassen. Deshalb erklärte Dönitz den Engländern und Amerikanern: „Wenn Sie die Deutschen zu Bolschewisten machen wollen, dann ist Ihr Verhalten richtig. Sie gehen einen gefährlichen und verhängnisvollen Weg, der zum Radikalismus führen muß.“

Am 20. 5. lief ein russisches Kriegsschiff im Flensburger Hafen ein und ankerte neben der „Patria“, auf der die englischen und amerikanischen Vertreter wohnten. Mit Argusaugen verfolgten letztere jeden Schritt und jede Bewegung der deutschen Vertreter, wenn diese bei den Russen zu tun hatten. Dann konnte man auf dem Schiff der Angelsachsen an jedem Bullauge ein Fernglas sehen, und jeder deutsche Besuch an Bord der Russen wurde mit Aufmerksamkeit und Mißtrauen registriert.

Während am 23. 5. 1945 die Regierung Dönitz mit zahlreichen Staatssekretären, Generalen und Admiralen in Flensburg-Mürvik tagt, umstellt eine britische Panzerbrigade in großem Umkreis das ganze Gebiet Flensburg-Glücksburg. Um 10 Uhr vormittags stürzen dann überraschend 15 englische Militärpolizisten, mit Maschinenpistolen bewaffnet, in den Sitzungsraum der Reichsregierung, allen voran ein Engländer, der offensichtlich nicht der britischen Rasse angehört. Dem an der Tür stehenden Staatssekretär Zintsch werden von einem Polizisten die Zähne eingeschlagen, mit der Bemerkung: „Sind Sie auch ein Großadmiral?“ Die anwesenden Minister, Staatssekretäre und militärischen Führer werden nun gezwungen, an die Wände zu treten, mit dem Gesicht zur Wand. Schwerin v. Krosigk erkennt dabei den ihm bekannten Leiter des brit. Rundfunks (BBC),der sich verlegen abwendet ,Von Krosigk antwortet, die erlittenen Beleidigungen reichten ihm nicht an die Zehenspitzen, aber er bedauere die britische Nation für die Schmach, die ihr dieses Verhalten ihrer Vertreter zufügte. Dieser schamlose Überfall auf die deutsche Reichsregierung dauert einige Stunden und die Briten scheuen sich nicht, noch die ausgeplünderten Minister, Generale und Admirale nackt zu photographieren.

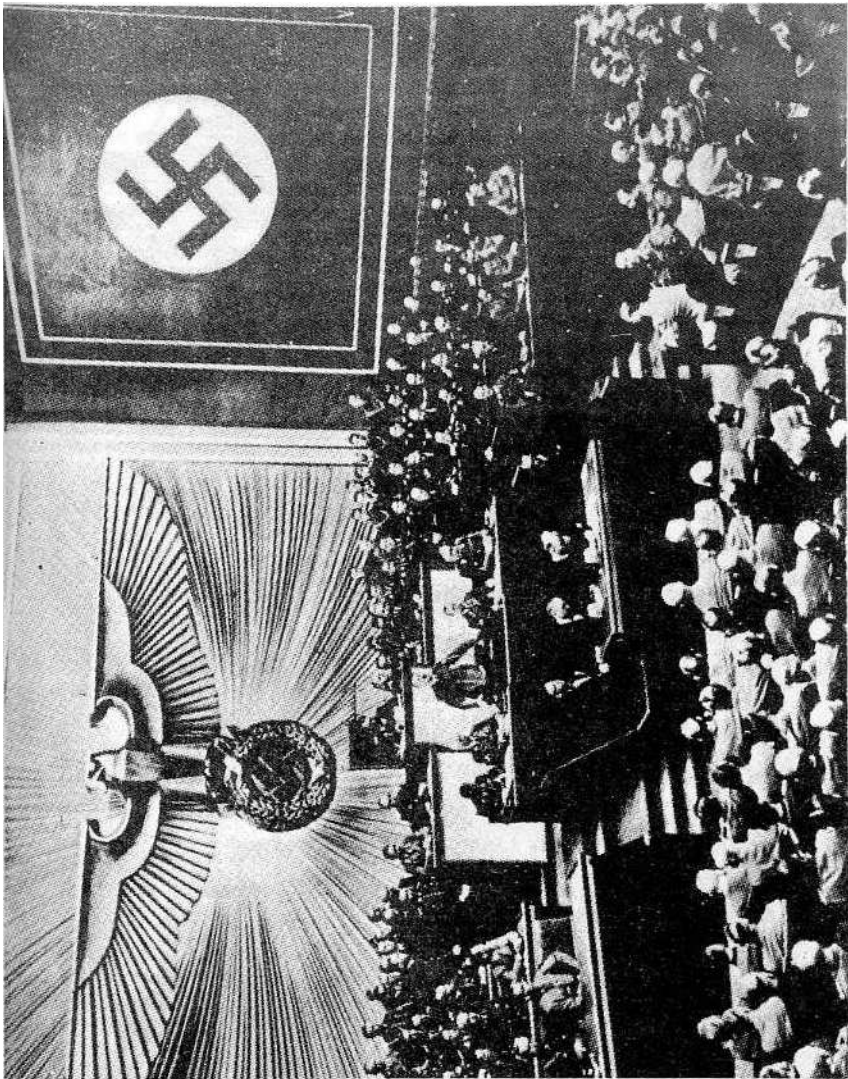
Dann setzt man alle Ueberfallenen und Ausgeraubten auf Lastwagen, vor denen und hinter denen je sechs britische Panzer rollen. Sie werden in ein Polizeigefängnis eingeliefert, um später Mit Flugzeugen nach Mondorf in Luxemburg verschleppt zu werden.

Schwerin von Krosigk erklärte abschließend, daß diese drei Wochen die schwersten Wochen seines Lebens waren, aber auch die schönsten: „Die erlebte Aufopferung. Selbstlosigkeit und Kameradschaft haben mir den Glauben an das deutsche Volk wiedergegeben, den ich beinahe verloren hatte“. ..

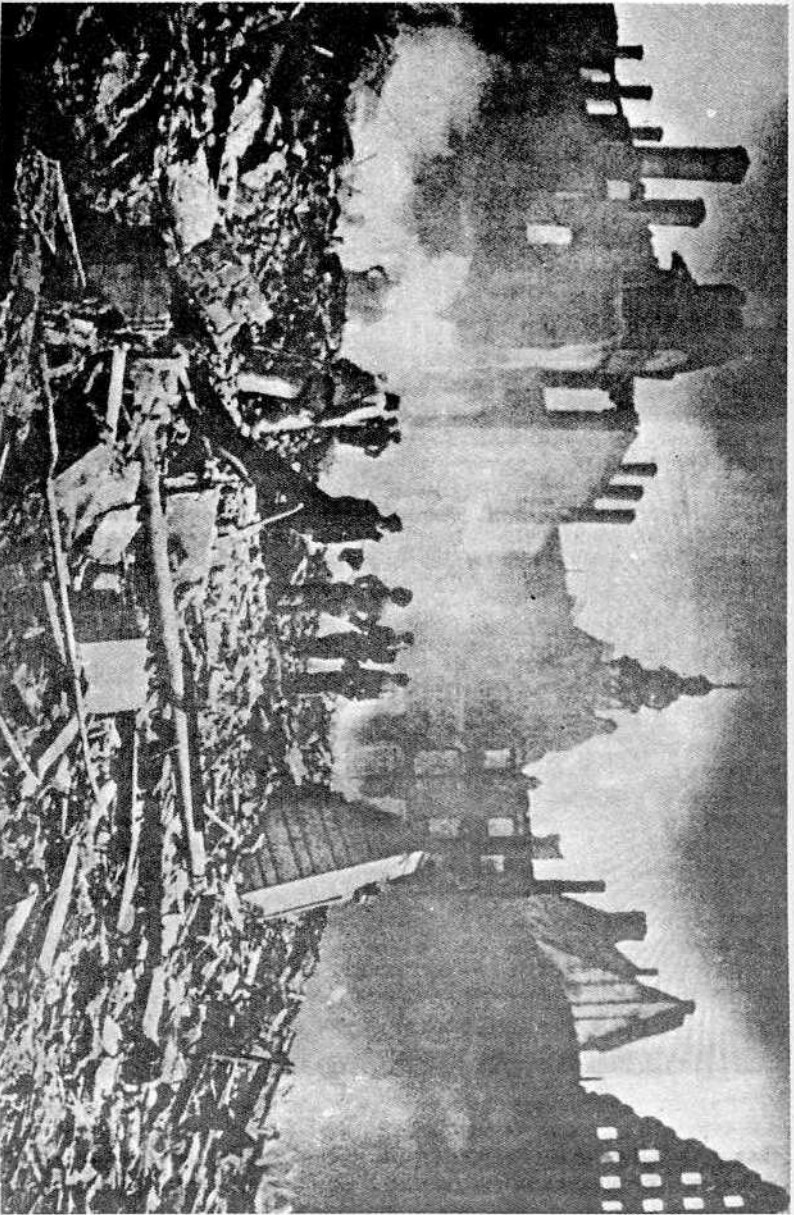


Meine Festsetzung als Staatsoberhaupt am 23. 5. 1945 durch
die Alliierten.

(Imperial War Museum, London)



Das DEUTSCHE REICH auf dem Höhepunkt seiner Macht.
Adolf Hitler vor dem Großdeutschen Reichstag in der Krolloper
am 19. Juli 1940 nach dem siegreichen Westfeldzug.



Zerbombte deutsche Stadt (Dortmund 1943)

So wurde das demokratische Zeitalter eingeleitet!

Zehn Jahre und zwanzig Tage

von Karl Dönitz

Angesichts dieser sehr geringen Wirkungsmöglichkeit trat die Frage auf, ob ich nicht doch mit dem behelfsmäßigen Kabinett ab danken sollte. Meine Aufgabe, die Kapitulation ordnungsgemäß durchzuführen, war erfüllt. Wenn ich auch in Mürwik noch in der von den Alliierten nicht besetzten Enklave eines eigenen Hoheitsgebietes lebte, so war ich doch natürlich völlig in der Hand des Gegners. Ganz Deutschland war vom Feind besetzt. Er regierte dort. Selbständiges Handeln, wie es bei der Durchführung der Kapitulation noch möglich war, gab es für mich nicht mehr.

War es unter solchen Umständen nicht würdiger, diesem Scheindasein ein Ende zu machen, also aus eigener Initiative abzudanken, anstatt abwartend völlig ungewissen Maßnahmen der Sieger entgegenzusehen? Daß es mir nach Durchführung der Kapitulation nicht behagte, ohne Wirkungsmöglichkeit dazusitzen, war selbstverständlich.

Minister Speer in erster Linie war der Ansicht, daß wir zurück treten sollten. Er glaubte für seine Person, daß die Amerikaner mit ihm weiterhin zusammenarbeiten würden.

Graf Schwerin - Krosigk hingegen war der Meinung, wir hätten trotz aller Gefahr, daß die Gegner uns bewußt der öffentlichen Lächerlichkeit preisgeben wollten, zu bleiben. Der Reichspräsident und seine behelfsmäßige Regierung stellten die Reichseinheit dar. In der bedingungslosen Kapitulation hatte ausgedrückt ich nur die deutsche Wehrmacht kapituliert. Der deutsche Staat hatte nicht aufgehört zu bestehen. Wenn ich auch behindert sei, tatsächlich Regierungshandlungen zu vollziehen, so ändere das doch nichts daran, daß ich das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches sei. Auch die Feindmächte hätten dies durch die Forderung einer Vollmacht von mir für die drei Chefs der deutschen Wehrmacht, welche die Kapitulationsurkunde am 8. Mai unterzeichnen sollten, anerkannt. Mein Rücktritt sei daher nur möglich, wenn gleichzeitig für einen Nachfolger gesorgt würde.

Ich hielt den Standpunkt Graf Schwerin - Krosigk für richtig. Meine Ernennung hatte ich zunächst nur dahingehend aufgefaßt, daß ich nur den Krieg zu beenden hätte. Ich durfte aber jetzt keinesfalls, was auch geschehen möge, freiwillig mit der behelfsmäßigen Reichsregierung zurücktreten. Dann konnten die Sieger mit Recht erklären: Da die für alle Zonen Deutschlands zuständige Reichsregierung davongelaufen ist, blieb uns nichts anderes übrig, als in den einzelnen Besatzungsgebieten besondere deutsche Regierungen aufzustellen und die Souveränität in den Zonen durch eigene Militärregierungen ausüben zu lassen.

Ich durfte also schon aus diesem Grunde nur der Gewalt weichen; anderenfalls hätte ich zu der Spaltung Deutschlands, wie sie heute besteht, in politischer Beziehung zumindest formell die Handhabe gegeben. Mein Rücktritt also, der freiwillige Verzicht auf meine von den Alliierten anerkannte Stellung, wäre der politische Fehler ge-

wesen, den ich nach der Kapitulation hätte machen können.

Diese Überzeugung schließt nicht aus, daß ich der Ansicht war und auch heute noch bin, daß der Wille des deutschen Volkes allein maßgebend für die Besetzung des höchsten Amtes im Staate sein darf.

Bernard & Graefe Verlag für
Wehrwesen Frankfurt am Main 1967

DAS URTEIL vom 31. Juli 1973

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stellte im Urteil seines Zweiten Senates vom 31. Juli 1973 unter anderem fest:

- a) "Das Grundgesetz - nicht nur eine These des Völkerrechtes und der Staatslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art.23, Artikel 116 und Artikel 146 GG."
- b) "Aus dem Wiedervereinigungsangebot folgt zunächst: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken, - das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten - und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde."
- c) "Mit der Gründung der Bundesrepublik sollte kein neuer westdeutscher Staat gegründet werden."

Berliner Zeitung

Nummer 17

Mittwoch, den 6. Juni 1945

1. Jahrgang

Unterzeichnung

der Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Uebernahme höchster Autorität hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Provisorischen Regierung der Französischen Republik

Deklaration

In Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Uebernahme höchster Autorität hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und es ist nicht mehr zu erwarten, dass sie sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands vollbracht; und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden können.

Artikel 1. Deutschland und alle deutschen Behörden des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe, und alle Streitkräfte unter deutschem Befehl stellen sofort auf allen Kriegsschauplätzen die Feindseligkeiten gegen die Streitkräfte der Vereinigten Nationen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ein.

Artikel 2. (a) Sämtliche deutschen Streitkräfte, einschließlich Land-, Luft-, Flugabwehr- und Seeabwehrkräfte, sind dem Sieger überlassen.

(b) Alle Schiffe und Boote, die sich zur Zeit der Abgabe dieser Deklaration in den Gewässern der Alliierten befinden, sind den Alliierten überlassen. (c) Alle Schiffe und Boote, die sich zur Zeit der Abgabe dieser Deklaration in den Gewässern der Achsen befinden, sind den Achsen überlassen.

(d) Die Arbeitskräfte, die zur Erhaltung und zum Betrieb der Anlagen der Achsen erforderlich sind, sind den Achsen überlassen. (e) Die Arbeitskräfte, die zur Erhaltung und zum Betrieb der Anlagen der Alliierten erforderlich sind, sind den Alliierten überlassen.

Die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Vereinigten Nationen und der Provisorischen Regierung der Französischen Republik erklären, dass sie sich zur Zeit der Abgabe dieser Deklaration verpflichten, die deutsche Bevölkerung zu ernähren und zu versorgen, bis sie in die Lage versetzt ist, sich selbst zu ernähren und zu versorgen.

KOMMENTAR zur BZ

Am 23. Mai 1945 wurde die Reichsregierung unter unwürdigsten Umständen und unter Mißachtung des Völkerrechts verhaftet. Nach diesem verbrecherischen Gewaltakt konnten die Alliierten in ihrer Erklärung vom 5. Juni 1945 wahrheitswidrig behaupten:

"Deutschland unterwirft sich allen Forderungen" - eine freche Lüge, denn kapituliert hat nur die Wehrmacht. Das Reich aber war nicht mehr handlungsfähig, da seine Regierung verhaftet war.

"Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung" - weil man sie 14 Tage vorher verhaftet hatte.

"Unter diesen Umständen ist es notwendig, Vorkehrungen für die Verwaltung des Landes zu treffen" - was gegen das Völkerrecht verstößt, für dessen Unantastbarkeit die Alliierten ja angeblich eintreten.

"Die Regierungen (der Alliierten) übernehmen die höchste Autorität hinsichtlich Deutschlands" - was nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung verboten ist!



Das für Sieger und Besiegte wohl entehrendste Kapitel war die Gefangennahme der letzten deutschen Reichsregierung. Die „deutsche“ Lizenzpresse jubelte damals auf den Titelseiten: „Hände hoch! Hosen runter!“ - Dabei ist es bis heute geblieben...

Parlamentarischer Rat

Herausgeber: Presse- und Informationszentrum
des Deutschen Bundestages
Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
5300 Bonn 12, Bundeshaus

Der Ahnherr unseres politischen Systems ist der Parlamentarische Rat. Dabei wurde er eigentlich ohne eigenes Wollen zum Schöpfer der zweiten deutschen Demokratie. Die drei westlichen Alliierten befahlen im Jahre 1948 — und die deutschen Länder, die die einzige erkennbare politische Organisation in den westlichen Besatzungszonen darstellten, hatten zu gehorchen. Wie sich die Ratsmitglieder gegenseitig und den Umständen ein Grundgesetz abranen, zeigt dieser Abschnitt.

Das Jubiläum des Grundgesetzes am 24. Mai 1974 ist feierlicher begangen worden als seine Verabschiedung und seine Inkraftsetzung, das ist sicher. Kein Anflug von Stolz, wie er in der würdevollen Gedenkstunde im Bundestag bei allen Parteien vertreten war, lag über jener Versammlung, die am 23. Mai 1949 an der gleichen Stelle zur Unterzeichnung des Grundgesetzes zusammengetreten war. Denn auf den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, die sich anschickten, ihren Namen unter die Urschrift des Grundgesetzes zu schreiben, lasteten Ungewißheit, Zweifel und Sorge. Nur als sie das Lied sangen „Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand“, ging ein leichter pathetischer Schauer über die 65 beschließenden Ratsmitglieder und durch die Zuhörerreihen.

„Ich hab' mich ergeben“ — das hätte auch der Leitspruch während der insgesamt neun Monate der Beratungen über dieses Grundgesetz sein können, die am 1. September 1948 in Bonn begonnen hatten. Denn die von den Parlamenten der Länder entsandten Männer und Frauen hatten sich in den Auftrag gefügt, den sie nicht von ihrem Volk, sondern von den drei westlichen Mächten Amerika, Großbritannien und Frankreich erhalten hatten. Sie konnten nur nach bestem Wissen und Gewissen das Beste daraus machen.

Das neue Gebilde mußte demokratisch fest, aber dennoch nur ein Provisorium sein. Niemals ist unter ähnlich belastenden Bedingungen sowohl fremder Mächte als auch chaotischer Lebensumstände ein ähnlicher Versuch gemacht worden. Das Volk geschlagen, der Staat zerschlagen, aufgeteilt in vier Besatzungszonen und drei unter fremde Verwaltung gestellte Territorien (Ostpreußen russisch, die Oder-Neiße-Gebiete und Westpreußen polnisch, das Saarland französisch), eine infernalische Ruinenlandschaft, zerstörte Fabriken, entwurzelte, voneinander getrennte, über das Land zerstreute Familien — dies war die Masse, die es staatlich zu organisieren galt. In den von Deutschland noch erkennbaren Resten nach 1945 gab es keine zentrale deutsche Regierungshoheit. Nur Ländergouvernements gab es, aber alles abhängig vom Willen der Sieger. Besatzungsrecht galt. Der Übergang von Zone zu Zone war fast unmöglich gemacht. Und dazu kamen unheilvolle Ahnungen über das künftige Schicksal der fünfzig Millionen hier lebenden Deutschen, zu denen täglich immer neue, aus ihrer Heimat vertriebene Menschen stießen. Die vier Sieger zerstritten sich, mitten in Deutschland ging herunter, was Winston Churchill in das einprägsame Bild „Eiserner Vorhang“ kleidete. Hungernd, geächtet und verachtet lebte das Volk, ziellos, Objekt der Sieger. Alles, was Würde und Wert der Menschen ausmacht, waren sie los: Obdach, Heimat, Recht und Arbeit.

Schon im April 1948 beschlossen die Westmächte in London die Bildung eines westdeutschen Staates. Am 24. Juni verhängten die Sowjets ihre Blockade gegen West-Berlin, für den 1. Juli 1948 hatte der amerikanische General Lucius D. Clay die Regierungschefs der Länder zu sich nach Frankfurt bestellt, wo er ihnen den Auftrag zur Staatsgründung gab. Betreten standen da: Leo Wohleb (CDU) für Baden; Lorenz Bock (CDU) für Württemberg-Hohenzollern; Reinhold Maier (FDP) für Württemberg-Baden; Hans Ehard (CSU) für Bayern; Wilhelm Kaisen (SPD) für Bremen; Max Brauer (SPD) für Hamburg; Christian Stock (SPD) für Hessen; Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) für Niedersachsen; Karl Arnold (CDU) für Nordrhein-Westfalen; Peter Altmeier (CDU) für Rheinland-Pfalz; Hermann Lüdemann (SPD) für Schleswig-Holstein. Sie nahmen entgegen, was als „Frankfurter Dokumente“ Geschichte geworden ist.

Das erste Dokument war der Befehl, zum 1. September 1948 eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, deren Verfassungsentwurf vom deutschen Volk in einem Referendum anzunehmen oder abzulehnen sei.

Im zweiten Dokument wurde die Gliederung des neuen Staates in einen nicht mehr korrigierbaren Bundesstaat vorgeschrieben.

Das dritte Dokument stellte für die Zeit nach der Staatsgründung ein Besatzungsstatut in Aussicht, in dem Rechte und Pflichten festgelegt würden - die Rechte der Sieger und die Pflichten der Besiegten. Darin wurde in Aussicht gestellt, was es enthielte: der neue Staat dürfe nach außen nur durch die Alliierten, und zwar durch die zu bil-

dende Hohe Kommission, vertreten werden. Der Außenhandel unterliege ihrer Kontrolle.

Als die Empfänger der Dokumente einhellig beklagten, daß in dem vorgesehenen Besatzungsstatut „dem deutschen Volk praktisch keine Rechte“ eingeräumt seien, erklärte ihnen Clay lakonisch: „Es sind nur kleine Verbesserungen möglich.“

So unberührt die Öffentlichkeit von den schicksalhaften Ereignissen blieb — so geharnischt reagierten die Führer der Parteien. Konrad Adenauer für die CDU in der britisch besetzten Zone, Kurt Schumacher von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Franz Blücher von der Freien Demokratischen Partei und Max Reimann von der Kommunistischen Partei Deutschlands bäumten sich mit Protesten gegen die offenkundig zu befürchtende Teilung Deutschlands auf. Der damalige Präsident des Wirtschaftsrates, der spätere erste Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Erich Köhler, erklärte: „Wir wollen weder eine westdeutsche Regierung noch eine Regierung der vereinigten Zonen, sondern eine deutsche Regierung mit dem Sitz in Frankfurt am Main.“

„Wir wollen weder eine westdeutsche Regierung noch eine Regierung der vereinigten Zonen, sondern eine deutsche Regierung mit dem Sitz in Frankfurt am Main.“

Doch Proteste, wie konnte es anders sein, nachdem die Interessenlage der



**Alles, was Würde und Wert der Menschen ausmacht, waren sie los:
Obdach, Heimat, Recht und Arbeit — Deutschland im Jahre Null.**

drei Westmächte feststand, bewirkten nichts.

Ein großgewachsener, hagerer Mann mit einem entschlossenen Auftreten wurde zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates gewählt: Konrad Adenauer.

Neben dieser Gestalt ragte eine zweite hervor, von falstaffscher Lebens- und Leibesfülle, ein Geist, wie es ihn ein zweitesmal in dieser Versammlung und auch später in den Bundestagen nicht gab: Carlo Schmid, Vorsitzender des Hauptausschusses im Parlamentarischen Rat, der eine Schlüsselrolle innehatte. Dieser Ausschuß formulierte das Grundgesetz.

Grundgesetz würde es fortan heißen — dank dieses Mannes, der schon in Herrenchiemsee ganz unerbittlich die Weigerung begründet hatte, das zu schaffende Werk Verfassung zu nennen, der zu denen zählte, die den Widerstand gegen eine Volksabstimmung über die „Verfassung“ organisierten. Nicht etwa deswegen, weil sie gegen die Volksbeteiligung waren, sondern aus einem ganz hehren Grunde: eine

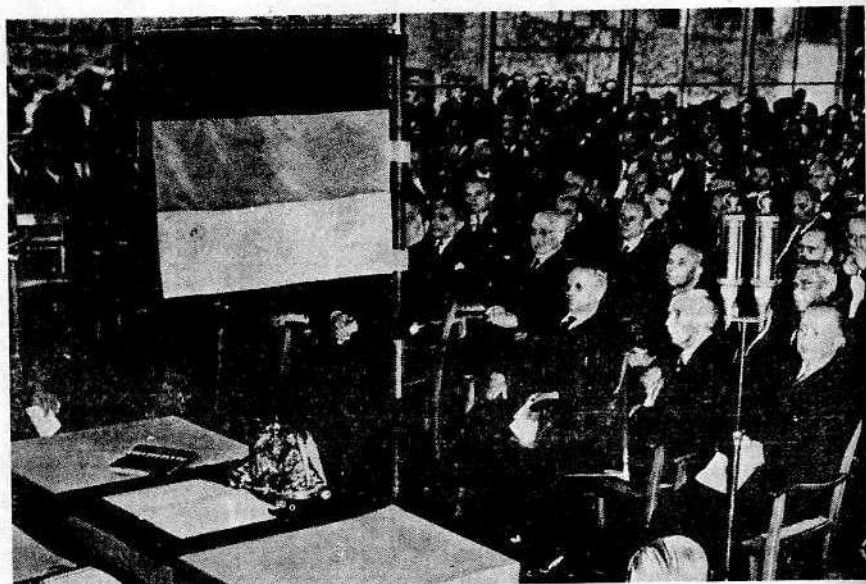
Volksabstimmung hätte konstituierenden Charakter gehabt — es wäre daraus eine Abstimmung über einen eigenständigen Staat und über eine Nation geworden. Beides aber vertrug sich nicht mit jener von Carlo Schmid als Identitätstheorie vertretenen Anschauung: das Reich existierte fort, auch die Nation bestand weiter, und deshalb sollte kein neuer Staat gegründet, keine neue Nation geschaffen und keine Verfassung geschrieben werden. Eine politische Administration sollte ein Teil des Landes haben und dieser sollte sich auf eine Art Organisationsstatut stützen können, auf ein Grundgesetz.

Diese Definition erklärt, weshalb dieses Grundgesetz ein eigenartiges Gebilde wurde: neben großen Grundsätzen, die eigentlich einer Verfassung gemäß sind, finden sich detaillierte Kleinigkeiten, wie sie üblicherweise in Verfassungen nicht vorkommen, etwa die penible Aufzählung der Gesetzeszuständigkeiten von Bund und Ländern, einzelner Steuer-Aufteilungen oder die Überwälzung bestimmter Kosten auf den Bund (Artikel 120).

BILDER

SPRECHEN EINE KLARE SPRACHE :

Die 'Staatsgründungen' nach dem Krieg haben nichts mit Volk und Reich zu tun.



Grundgesetz-Zeremonie in Bonn 1949

Die BUNDESREGIERUNG gibt selber zu:
Die Bundesrepublik ist kein Staat, sondern
nur ein Verwaltungsprovisorium!

Es gibt kein bundesrepublikanisches
Staatsvolk (!), sondern nur Deutsche!

Das Grundgesetz ist keine Verfassung,
sondern ein Organisationsstatut.
Es wurde weder vom Volk in Auftrag gegeben
noch verabschiedet, sondern vom Sieger
befohlen.

DOKUMENTE

SPRECHEN EINE KLARE SPRACHE :

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassunggebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutsche gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.



Staatsgründungsfeier in der DDR 1949

Grundsatzserklärung und Aufruf

Nach Rücksprache mit dem letzten rechtmäßigen Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, Großadmiral Dönitz, und nach geltendem Völkerrecht besteht Einigkeit darüber:

1. *Das Deutsche Reich* ist nicht untergegangen, sondern *besteht fort*.
2. Am 8. Mai 1945 hat *nur die Deutsche Wehrmacht kapituliert*. Reich und Regierung wurden davon rechtlich nicht berührt, sondern nur in ihrer Handlungsfähigkeit durch Gewalt behindert. Auch die Besetzung des Reichsgebietes hat an dieser Rechtslage nichts geändert.
3. Alle Eingriffe der Alliierten in deutsche Angelegenheiten, vor allem die *Absetzung der Reichsregierung* und die Einsetzung von neuen Teilregierungen (Österreich, Westdeutschland, Mitteldeutschland), waren und bleiben *nichtig*, weil unter Zwang und damit völkerrechtswidrig.
4. Die Besetzung und *Abtrennung von Reichsgebiet* war und bleibt *nichtig* und hat am rechtlichen Bestand des Staates, wie er bei Kriegsende bestand, nichts geändert.
5. Rechtlich besteht nur ein *Waffenstillstand*. Ein Friedensvertrag kann nur mit einer Krieg führenden Partei, nämlich der Reichsregierung geschlossen werden. Bei Handlungsunfähigkeit des Reiches ist kein Friedensschluß möglich - ein unerträglicher Zustand!
6. Die sog. *Bundesrepublik ist kein Staat der Deutschen*, sondern ein Verwaltungsprovisorium der Alliierten. Es gibt kein Staatsvolk von Bundes- oder DDR- Bürgern; es gibt nur Deutsche, die durch Siebergewalt und -Willkür auseinander- gerissen wurden. Oberster Souverän dieser sog. Staatsgebilde, die nichts als Waffenstillstandsschöpfungen sind, ist nicht das deutsche Volk, sondern es sind die alliierten Regierungen, die sich jederzeit das, Recht gewaltsamer und willkürlicher Eingriffe vorbehalten haben. Deshalb kann die Bundesrepublik *niemals Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches* sein - trotz aller Feststellungen des sog. Bundesverfassungsgerichts.
7. Das sog. *Grundgesetz ist keine Verfassung*, sondern ein Organisationsstatut für eine Übergangszeit. Es wurde vom Deutschen Volk weder in Auftrag gegeben noch beschlossen, sondern vom Sieger (General Clay) befohlen gegen den geschlossenen Widerstand der Befehlsempfänger, der ebenfalls von den Siegern eingesetzten Regierungschefs der von den Siegern geschaffenen ‚Länder‘. Das Grundgesetz enthält *keine unabdingbaren Rechte, sondern nur Lizenzen der Sieger*, die jederzeit aufhebbar sind.
8. Alle sog. *Wahlen haben* an dieser Rechtslage *nichts geändert*, weil sie unter Besetzung und unter Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts stattfinden, also gar keine Wahlen sind, sondern nur Akklamationen für die von den Siegern vorgeschriebenen ‚Spielregeln‘: Kein Deutscher hat die Möglichkeit, sich gegen die Interessen der Feindstaaten (mit denen immer noch Kriegszustand herrscht) zu betätigen.
9. Jeder Deutsche, der für *das Reich* eintritt, wird unbarmherzig *verfolgt*, ganz gleich, ob in der DDR, BRD oder in Österreich. Das allein beweist die Unfreiheit aller Deutschen und daß keines dieser drei künstlichen Besatzungsgebilde Nachfolger des Reiches sein kann.

10. Die Spannungen und Probleme der Nachkriegszeit können nur überwunden werden durch einen *gerechten Friedensvertrag*, nicht durch ein Diktat wie in Versailles! Ein 33jähriger Waffenstillstand ohne Friedensregelung ist eine Ungeheuerlichkeit und Verletzung der Menschenrechte und Menschenwürde für ein ganzes Volk. Dadurch wird jeder echte Neuanfang unmöglich gemacht. - Voraussetzung für den Abschluß eines Friedensvertrages ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Bildung einer freien deutschen Regierung.

Diese auf dem Boden des allgemein anerkannten Völkerrechts beruhenden Feststellungen wurden im Wesentlichen bereits im Juli 1945 von Großadmiral Dönitz im Namen der Reichsregierung getroffen und sind niemals angezweifelt oder widerrufen worden.

Der Großadmiral als einzig verfassungsmäßiger Vertreter des Deutschen Reiches will das Amt des Staatsoberhauptes aus Altersgründen nicht mehr beanspruchen. Er hat dem Sprecher des Reichstages zu Flensburg, Rechtsanwalt Manfred Roeder, schriftlich, erklärt, daß dieser befugt sei, daraus die rechtlichen und politischen Konsequenzen zu ziehen (s. Brief vom 6.2.75).

Das geschieht hiermit durch folgenden Aufruf:

Aufruf

Um den unerträglichen Zustand eines 33jährigen Waffenstillstands zu beenden, einen gerechten Frieden vorzubereiten und der unheilvollen Entwicklung dreier reichsfeindlicher, auseinanderstrebenden ‚Staatsgebilde‘ auf deutschem Boden Einhalt zu gebieten, *übernimmt die FREIHEITSBEWEGUNG DEUTSCHES REICH* am 33. Jahrestag der Verhaftung der letzten deutschen Regierung, *am 23. Mai 1978, die Reichsverweserschicht*4B.

Von diesem Tag an vertritt die FREIHEITSBEWEGUNG das Deutsche Reich, das durch die Kapitulation der Wehrmacht nicht untergegangen, sondern in seiner Handlungsfähigkeit nur mit Gewalt gehindert worden ist.

Da die Reichsregierung nicht mehr besteht und niemand anders befugt und willens war, für das Reich zu handeln, übernimmt die FREIHEITSBEWEGUNG die vorläufige Vertretung für eine Übergangszeit bis zur Bildung einer freien deutschen Regierung.

Die FREIHEITSBEWEGUNG DEUTSCHES REICH wurde auf dem Reichstag zu Flensburg 1975 gegründet. Als ihr *Sprecher* wurde *Manfred Roeder* einstimmig gewählt.

Einziges Ziel der FREIHEITSBEWEGUNG ist es: Bedingungen zu schaffen, unter denen eine wirklich unabhängige deutsche Regierung gebildet werden kann.

Dazu ist vor allem nötig: Abzug aller Besatzungstruppen sowie Aufhebung der Feindstaatenklauseln der UNO, die es jedem Kriegsgegner erlauben, ohne Begründung in deutsche Angelegenheiten einzugreifen. Erst in einem freien Land kann sich eine freie Meinung bilden, können freie Entschlüsse gefaßt werden. Ohne Erfüllung dieser Bedingungen bleibt Deutschland in würdeloser kolonialer Abhängigkeit der Sieger.

Die Erringung der Freiheit hat Vorrang vor Verfassungs- und Weltanschauungs- fragen!

Nur ein freies, unbesetztes, wiedervereinigtes Deutsches Reich kann Frieden schließen und mit anderen Völkern in guten Beziehungen stehen. Nur ein solches Reich kann zuverlässige und langfristige Politik treiben. Nur ein solches Reich ist ein zuverlässiger Partner. Auf dem gegenwärtigen Zustand der Zerrissenheit kann kein Frieden und keine gerechte Ordnung entstehen. Niemals wird sich das deutsche Volk damit abfinden!

Die Integration deutscher Landesteile in Ost- und Westblöcke macht jede Wiedervereinigung unmöglich, ist mit dem Begriff der Selbstbestimmung und Würde eines Volkes unvereinbar und auf das schärfste abzulehnen. Die Einverleibung Deutschlands in andere Machtblöcke ist brutaler Imperialismus und Neokolonialismus.

Wir fordern ein wiedervereinigtes, neutrales Deutsches Reich mit guten Beziehungen zu allen-Nachbarn. Erst Deutschlands Einheit - dann europäische Zusammenarbeit! Einen umgekehrten Weg gibt es nicht!

Wir lehnen jedes Bündnis und jede Verteidigungsplanung ab, die auf der Teilung Deutschlands aufbaut und aus unserem Land eine atomare Wüste zu machen droht. Eine solche Verteidigung hat ihren Sinn und ihre Berechtigung verloren. Auch über die Verteidigung deutschen Landes hat nur eine freie, gesamtdeutsche Regierung zu entscheiden, nicht die Erfüllungsgehilfen alliierter Besatzungspolitik.

Die Unterstellung deutscher Soldaten unter das Kommando fremder und anti deutscher Mächte ist mit der Souveränität und Würde unseres Volkes unvereinbar. Niemals darf es einen selbstmörderischen Bruderkrieg geben. Ein politisch anders- denkender Deutscher steht uns immer noch näher als ein amerikanischer Jude oder ein sowjetischer Funktionär. Niemals darf Deutschland wieder das Schlachtfeld anderer Machtgruppen werden wie im 30jährigen Krieg!

Wir haben weder die Demokratie noch den Sozialismus zu verteidigen, die uns nach einem verlorenen Krieg von den Siegern aufgezwungen wurden. Wir haben keine sog. ‚freie Welt‘ und keine sog., sozialistischen ‚Brudervölker‘ zu verteidigen, die uns bis heute die elementarsten Rechte vorenthalten, antideutsche Hetze betreiben und die Spaltung verewigen.

Wir Deutschen kämpfen für unser Vaterland und seine Freiheit - und sonst nichts auf der Welt!

Wir rufen die Völker der Welt, den Kampf des deutschen Volkes um sein Selbstbestimmungsrecht zu unterstützen. Im selben Maße machen wir uns zum Verbündeten aller Unterdrückten und Entrechteten.

Wir rufen alle Deutschen in aller Welt, den Freiheitskampf um unser Volk zu ihrer vordringlichsten Aufgabe zu machen, überall Zellen der Freiheitsbewegung zu bilden und sich über die künstlichen Grenzen hinweg zusammenzufinden.

Was für alle anderen selbstverständlich ist, fordern auch wir: Ein freies Vaterland für alle Deutschen. Augenblicklich gibt es nicht einen einzigen Flecken auf der Erde, wo Deutsche allein zu bestimmen haben. Alle Deutschen leben entweder unter Besatzung, fremder Regierung oder Bedrohung. Wie lange noch sollen wir diesen unwürdigen Zustand der Rechtlosigkeit und Unterdrückung ertragen?

Deutsche, wacht auf! Ihr habt nur die Ketten eurer eignen Angst und Unterwürfigkeit zu verlieren. Freiheit, Recht und Ehre sind lebenswichtiger als Wohlstand, Fortschritt und sozialistische Errungenschaften.

Wir wollen endlich wieder frei sein wie die Väter waren und als ein Volk von Brüdern zusammenleben.

DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN ALLEIN!

DEUTSCHLAND GEBT UNS ÜBER ALLES IN DER WELT!

FREIHEIT FÜR ALLE UNTERDRÜCKTEN VÖLKER DER ERDE!

Auf unserer Seite ist das ewige Recht, vor dem alle Unterdrücker zittern.

FREIHEITSBEWEGUNG DEUTSCHES REICH

Beauftragter: Manfred Reeder

Verkündet am 23. Mai 1978, dem 33. Jahrestag der
Verhaftung der letzten deutschen Regie

Freiheitsbewegung



Deutsches Reich

Reichshof 3579 Schwarzenborn / Knöll

Herrn Großadmiral
Karl Dönitz

Aumühle bei Hamburg

Manfred Roeder
- Rechtsanwalt -
3579 Schwarzenborn / Knöll
Ruf: 056 86 / 535

20. Mai 1978

Hochverehrter Herr Großadmiral,

Die beigefügte Erklärung ist überfällig gewesen. Seit 33 Jahren hat das Reich keine handlungsfähigen Organe mehr gehabt. Die Bundesregierung hat die Rechtsnachfolge nur zum Schein behauptet in der Regel aber nur, um zum Schaden des Reiches tätig zu werden, wie in der sog. Wiedergutmachungsmanie, niemals aber, um Interessen des Reiches oder Ansprüche desselben geltend zu machen. Die BRD ist der Reichsfeind Nr. 1

Ich habe diese Erklärung abgegeben, ohne Sie vorher zu fragen oder zu informieren, damit Sie unbelastet sind, was immer sich daraus ergibt. Unsere bisherige Korrespondenz und das Gespräch am 22. Mai 1975 in Ihrem Hause ist eine genügend feste Grundlage für diesen Schritt, der aus zwei Gründen erfolgte:

1. Wenn das Reich nicht untergegangen ist, dann muß es auch eine Vertretung haben. Die Bundesregierung scheidet aus, da sie nur dem Willen der Sieger entsprungen ist. Das deutsche Volk hat nichts damit zu tun. Alle sog. Wahlen sind ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht. Wichtiger als alle rechtlichen Argumente ist aber die Tatsache, daß die Bundesregierung niemals den Willen hatte, für das Reich in Verantwortung zu handeln. Alle Äußerungen und vor allem ihre Taten beweisen, daß die BRD von der Spaltung lebt und die Spaltung aufrechterhalten will. Die BRD hat immer nur zum Schaden des Reiches gehandelt und läßt jeder verfolgen, der für das Reich eintritt. In ihrem Sprachgebrauch ist jeder ein Nazi, der das Reich will. Das genügt, um die Bundesrepublik als Feind des deutschen Volkes zu bekämpfen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat die sog. Rechtsnachfolge völlig willkürlich behauptet, und zwar immer nur gegenüber der 4 DDR, um den Alleinvertretungsanspruch zu behaupten, der jetzt sowieso nicht mehr aufrechterhalten wird, und in Sachen Wiedergutmachung, um den Juden wenigstens den Schein des Rechts für ihre unverschämten und erlogenen Forderungen zu geben. Denn wenn die BRD nichts mit dem Reich zu tun hätte, dann könnte sie auch nicht für angebliche Schäden durch das Reich aufkommen. D.h. die Rechtsnachfolge wurde praktisch nur behauptet, um den Juden zu helfen und dem Reich zu schaden.

Die Willkürlichkeit des Verfassungsgerichts zeigt sich auch in der völlig grundlosen Festlegung auf die Grenzen von 1937: Was soll dieser Unfug? Die Grenzen von 1938 nach der Eingliederung Österreichs, und von 1939 nach dem Anschluss des Sudetenlandes wurden von aller Welt anerkannt. Mit welchem Recht legt sich das Verfassungsgericht auf 1937 fest, ohne einen Deutschen zu fragen?

2. Von meinen vielen Auslandsreisen weiß ich, wie sehr die Welt auf eine Stimme aus Deutschland wartet. Erst jetzt wieder habe ich es in Brasilien erlebt. Die Juden wollten ein Treffen von Deutsch-Brasilianern stören und als Nazi-Verschwörung brandmarken. Als wir den brasilianischen Behörden erklärten, daß es uns nur um die Freiheit unseres Vaterlandes ginge, was seit 33 Jahren widerrechtlich besetzt sei, erhielten wir nur Zuspruch und Sympathien. Für eine Freiheitsbewegung hätten sie größtes Verständnis, denn schließlich hätten sie auch um ihre Freiheit kämpfen müssen.

Das Tragische an unserem Schicksal ist nicht, daß wir diesen fürchterlichen Krieg verloren haben, sondern daß wir kurz danach bereit waren, unsere Todfeinde als Verbündete anzusehen und von ihnen sogar die Lebensweise zu übernehmen. Daß wir mit den Massenmördern unserer Frauen und Kinder gemeinsame Sache machen, ist viel schlimmer als der verlorene Krieg. Wir haben uns durch die Gräuel der Russen beim Vormarsch blind machen lassen, daß Engländer und Amerikaner viel mehr Zivilisten auf dem Gewissen haben. Es war der folgenschwerste und grandioseste Irrtum des 3. Reiches, im Westen artverwandte Völker zu sehen, ohne zu merken, daß das verjudete Angelsachsentum schlechthin zu der Bedrohung der Menschheit geworden ist. Amerika ist der Vorhof zur Hölle? Ich war oft und lange genug drüben, um das beurteilen zu können.

Wer gefährdet denn heute mehr die Substanz unseres Volkes durch Rassenvermischung, Rauschgift und Pornographie: Der Osten oder der Westen? Wer zerstört unsere Kultur unwiderbringlich? Nur der Westen! Wir müssen uns endlich von der völlig falschen Behauptung freimachen: Der Westen wäre das kleinere Übel. Die letzten 33 Jahre haben es endgültig widerlegt.

Bitte, fallen Sie uns nicht in den Rücken, auch wenn Sie unseren Schritt nicht gutheißen. Verweisen Sie jeden evtl. Frager nur auf Ihre Bad Mondorfer Erklärung, aus der wir die Konsequenzen gezogen haben. Wir haben es nach reiflicher Überlegung getan in der Überzeugung, daß es ein notwendiger Schritt für das Wohl unseres Volkes ist. Die Geschichte wird uns Recht geben.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung !

gez.: M. Roeder

Otto Erlach

A 4251 Sandl-Kohlstatt, August 78

An
alle die guten Willens sind, an alle die deutsch bleiben wollen!

Euch allen möchte ich bloß eine Frage stellen, die ganz aus mir allein kommt, ohne jeden Rückhalt und ohne jede Absprache. Sie lautet:

Sollte man den Rechtsanwalt Manfred Roeder, Richberg, der das schwere Amt eines deutschen Reichsverwesers auf sich genommen hat, nicht den Rücken stärken und ihm ausdrücklich die Zustimmung zu seinem Entschluß bescheinigen?

Meine Gründe zu dieser Frage sind: Seit Jahr und Tag bemüht man sich, das "Nationale Lager" zu einen. Ergebnislos ! Eine solche Einigung kann nur über eine Aktion erfolgen! Eine solche Einigung kann nur erfolgen, wenn über eine solche Aktion eine Klärung im "Nationalen Lager" durchgeführt wird! Eine solche geklärte Mannschaft kann, aufgrund ihrer inneren Geschlossenheit, zu weiteren Aktionen geführt werden und würde sich jene Koalitionsmöglichkeit nach außen schaffen, die Roeder zu seiner Agitation im Ausland benötigt!

Ich kenne Manfred Roeder lange. Er ist in allen Belangen sehr gut! Ich meine, daß er der Beste dadurch geworden ist, daß er die Brücken hinter sich abriß!

Ich meine, daß das "Nationale Lager" nun handeln muß, daß nur jene Gruppen weiter existieren können, die jetzt die Stunde erkennen. Niemand denke an eine Superorganisation! Die Einigkeit werde im Geiste vollzogen, durch die Hinwendung zum Reich! Dieses Reich aber verlangt eine handelnde Person mit unserer Vollmacht
Bedenken Sie bitte das!

Es lebe das Reich!

gez.: Otto Erlach

Freiheitsbewegung



Deutsches Reich

Reichshof 3579 Schwarzenborn / Knüll

Herrn Großadmiral
Karl Dönitz

Aumühle bei Hamburg

Manfred Roeder
- Rechtsanwalt -
3579 Schwarzenborn / Knüll
Ruf: 056 86 / 535

20. Mai 1978

Sehr geehrter Herr Großadmiral !

Zur Klärung der rechtlichen und politischen Lage des Reiches ist alles zwischen uns gesagt. Ich werde nichts wiederholen, sondern jetzt den gesamten Vorgang der Öffentlichkeit übergeben, damit das Volk selber darüber urteilen kann, da Sie - entgegen meiner Bitte - eine unvollständige und irreführende Erklärung am 16.8.1978 abgegeben haben, die inzwischen in der Presse erschienen ist und sowohl Ihrem Ansehen als auch der Sache des Reiches geschadet hat. Unsere Entschlossenheit, Deutschland von Besetzung und politischer Bevormundung zu befreien, kann es nur anspornen.

Vor der Öffentlichkeit ist es notwendig, folgendes festzustellen, um Mißverständnissen über die wahre Rechtslage vorzubeugen:

1. Niemand hat Sie aus der Verantwortung für das Reich entlassen. Niemand kann Sie daraus entlassen - außer das gesamte deutsche Volk.
2. Unabhängig von allen juristischen Streitfragen haben Sie eine moralische Pflicht, für das Reich und das deutsche Volk einzutreten. Diese Pflicht hört niemals auf.
Nach dem Krieg sind Sie nur ein einziges Mal für das Reich und sein Recht eingetreten - nämlich in Ihrer Bad Mondorfer Erklärung.
3. Ihre Bad Mondorfer Erklärung steht im völligen Gegensatz zu allem, was Sie danach getan oder gesagt haben, insbesondere zu Ihrem Brief an mich vom 2.7.1975. Im Jahre 1945 waren Sie der Auffassung, daß weder Kapitulation noch Besetzung noch Gefangenschaft an dem rechtlichen Bestand des Reiches oder Ihres Amtes etwas ändern konnten. Damals befanden Sie sich in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts. Demnach kann Ihre heutige Auffassung nicht mit dem Völkerrecht übereinstimmen, denn sie steht in völligem Gegensatz dazu.

4. Solange es noch Kriegsgefangene gibt, wie Major Reder in Gaeta (Italien) und Jaques Vasseur in Melun (Frankreich); solange noch Soldaten wegen des letzten Krieges verfolgt und vor Gericht geschleift werden, solange sind Sie als Oberbefehlshaber der Wehrmacht für diese Männer verantwortlich.

5. Selbst wenn Sie je auf Ihr Amt als Staatsoberhaupt oder Reichspräsident verzichtet hätten, was Sie nachweislich nie getan haben, fehlte die rechtliche Wirksamkeit für einen solchen Schritt, weil Sie das Volk nie benachrichtigt haben. Niemand hat Sie entlassen oder entlastet.

Der letzte Kaiser hat 1918 eine formelle Abdankungserklärung unterschrieben und veröffentlicht. Er hat die Soldaten von ihrem Eid entbunden.

Was haben Sie gegenüber dem Volk oder den Soldaten getan?
Nichts!

6. Ihre Behauptung, die Bundesrepublik sei verfassungsrechtlich zum Träger des Reichsgedankens geworden, ist so grotesk, daß sich die Feder sträubt, darauf einzugehen, denn das können Sie selber nicht glauben.

Die Bundesrepublik ist nur ein kümmerlicher Rest des Reiches. Sie ist nicht vom deutschen Volk geschaffen worden, sondern von General Clay. Es ist mir neu, daß Herr Clay sich Gedanken um das Reich gemacht haben soll. Die Bundesrepublik mit ihren korrupten Parteien und ihrer reichsfeindlichen Westorientierung ist der größte Feind der Wiedervereinigung. Diese Republik läßt jeden verfolgen, der für das Reich öffentlich eintritt, Sie hat tausende unschuldiger deutscher Soldaten in die Gefängnisse geworfen und will jetzt zum dritten Mal das Recht beugen, um die Verjährung aufzuheben. Deutsche Soldaten sollen bis zum Tod Freiwillig sein. Wo bleibt Ihre Stimme, Herr Oberbefehlshaber?

Diese Republik hat ohne Friedensvertrag und ohne Zwang auf deutsches Land verzichtet. Diese Republik öffnet den Lügner und Verleumdern des deutschen Namens Tür und Tor ("Holocaust") und hindert ausländische Wissenschaftler daran, für die Wahrheit einzutreten, wie z.B. den französischen Professor Rassinier und den englischen Historiker Irving.

Diese Republik als Nachfolger des Reiches zu betrachten, klingt wie bitterer Hohn.

7. Da Ihre heutige Haltung in völligem Gegensatz zu Ihrer Bad Mondorfer Erklärung steht, bleibt nur eine Schlußfolgerung übrig. Man hat Sie in den zehn Jahren Ihrer Spandauer Haft seelisch zerbrochen oder erpreßt. Anders ist der totale Umfall eines großen Soldaten nicht zu erklären. Denn was 1945 in völlig aussichtsloser Lage notwendig und richtig war,

das kann 1956 nach Ihrer Haft nicht 'rechtlich belanglos und

politisch unklug' geworden sein, wie Sie in Ihrem Brief vom 2.7.75 schreiben.

Herr Großadmiral, ich maße mir nicht an, über Sie zu urteilen. Das wird die Geschichte tun, der wir uns alle stellen müssen. • Aber ich bin gezwungen, als Deutscher und als Sprecher der deutschen Freiheitsbewegung aus Ihrem Verhalten Folgerungen zu ziehen, sowohl in rechtlicher wie in politischer Hinsicht, wozu Sie mich bereits in Ihrem Brief vom 6. Februar 1975 ermuntert haben. Das haben wir mit der Grundsatzerklärung vom 23. Mai 1978 getan. Wir gedenken auf diesem Weg der Verantwortung für das Reich fortzufahren. Es ist niemand über uns, den wir fragen könnten oder der uns bevollmächtigen könnte. Denn der Kapitän ist stillschweigend von Bord gegangen. Wir werden nicht zusehen, daß das Schiff des Reiches zum Spielball von Wind und Wellen wird. Noch sind genügend Männer an Bord!

Mit deutschem Gruß!

Für das Reich!

gez.: M. Roeder

REICHsverwesER

DÖNITZ
GROSSADMIRAL A. D.

EINGEGANGEN

27. Feb. 1979

RA ROEDER

2055 AUMÜHLE (HOLSTEIN),
PFINGSTROZALLEE 4
TELEFON 30 69

25. 2. 79

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Roeder!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 1. 2. 79.

Ich habe jedoch meinem Brief an Sie vom 2. 7. 75 nichts hinzuzufügen.

Ich grüsse Sie!

Karol Dönitz

Ein Extrablatt der sozialdemokratischen
Zeitung „Vorwärts“ meldet am 9. November 1918 die
Abdankung des Kaisers .

2. Extraausgabe

Sonnabend, den 9. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

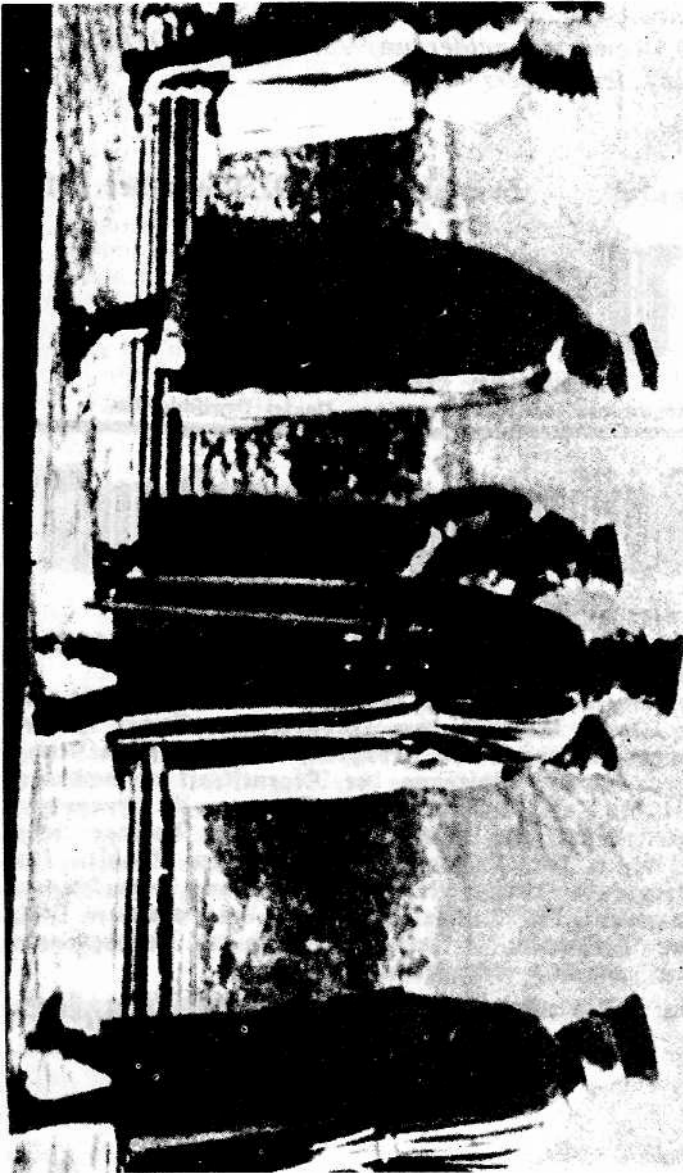
Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlich Hohel des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volk, einschließlich der Vollstelle, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918. **Der Reichskanzler.**

Prinz Max von Baden.



*Wilhelm 11. am Morgen des 10. November 1918
an der Grenze nach Holland bei seinem Übertritt in das Exil*

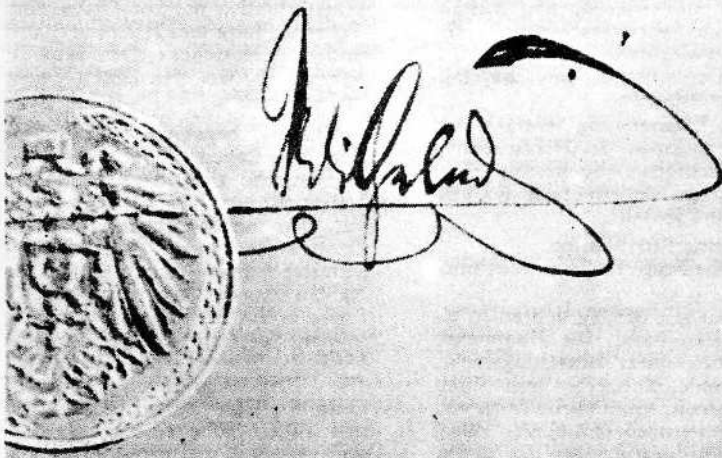
Verzichtserklärung Wilhelms II. vorn 28. November 1918 auf seine
Rechte als König von Preußen und Kaiser
des Deutschen Reiches

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte
an der Krone Preussens und die damit verbundenen Rechte an der
deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entlasse ich alle Beamten des Deutschen Reiches
und Preussens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mann-
schaften der Marine, des Preussischen Heeres und der Truppen
der Bundescontingente des Fremden, den sie mir als ihrem
Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich
erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen
Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland
helfen, das Deutsche Volk gegen die drohende Gefahr der
Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unter-
schrift und beigedrucktem Kaiserlichen Inseigel.

Begeben Amrungen, den 28. November 1918.



The image shows the handwritten signature of Wilhelm II. in cursive script, written in dark ink. To the left of the signature is the circular Imperial Seal of the German Empire, which features a central figure holding a scepter and orb, surrounded by a decorative border. The signature and seal are positioned at the bottom of the document, below the printed text.

National ist revolutionär!

Was für die Linken Rudi Dutschkes Thesen zur „Nationalen Frage“ bedeuten.

Die Geschichte bewegt sich. Die nationale Frage in Deutschland hat sich seit einigen Jahren verändert. Die konservative Partei zog sich nun auch offiziell von der gesamtdeutschen Perspektive auf die „Verteidigung dieses unseres Staates“ zurück. Die westdeutsche sozialdemokratische Linke brüstet sich heute ebenso separatistisch: „Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland“.

Deutschland gleich BRD.

Nun spielt Rudi Dutschke nicht mehr mit. Er kennzeichnet aphoristisch den neuen Stand der Dinge.

● „Ein Großteil der heutigen Linken ist an einer zentralen Frage blind geworden“, an der deutschen Frage.

● „Amerikanisierung und Russifizierung sind vorangeschritten“. Sie sind die Verwirklichung des Imperialismus in Deutschland, hier kapitalistisch, dort asiatisch.

● Die „Entspannung“ entlarvt sich als ein Arrangement der Herrschenden zur gegenseitigen Absicherung ihrer Domänen, zur Niederhaltung der Völker dies- und jenseits.

Das ist eine Provokation.

Die deutsche Frage ist heute revolutionär.

Wir leben seit dreißig Jahren in einem besetzten Land. Die Hauptstadt steht offiziell unter Besatzungsrecht. Multinationale Konzerne (mit ihren Headquarters in Amerika) und eine von der Sowjetmetropole am kurzen Zügel gehaltene Bürokratie haben das Sagen.

Kulturelle Entfremdung prägt das Alltagsleben. Und wirksamer als die Panzer und „Sicherheitskräfte“ diesseits und jenseits der Grenze ist die innere Kolonialisierung, die Unterwerfung des Bewußtseins, die „Normalisierung“.

Der Verzicht auf Selbstbestimmung wird zur „Treue zum Bündnis“ stilisiert und zum Kriterium gesellschaftlicher Zuverlässigkeit erklärt. Von Befreiung zu sprechen, ist „Kriegshetze“. Sozialismus des eigenen nationalen Wegs ist „Subversion“. Hier wie dort.

Nach 1945 mußte daher sogar die Fremdherrschaft als „Befreiung“ gefeiert werden, obwohl sie das nie war. Selbstbestimmung und Sozialismus der Deutschen standen nie zur Diskussion. In Teheran, Jalta und Potsdam diktierten andere. Deutscher „Demokrat“ war von da ab, wer das Diktat begeistert auf sich nahm.

Um 1967 begann eine neue Generation diese Lage zu durchschauen. „Die marxistische Linke muß Ansätze des Nationalismus weitertreiben, gerade auf den neuralgischen Punkt, daß Deutschland geteilt wurde durch den Bundesgenossen USA“, schrieb Bernd Rabehl damals. Aber sobald die Neue Linke in die tatsächliche Auseinandersetzung ging (auf der Straße und in den Medien), ließ man das Thema fallen. Die Problemblindheit, die Rudi Dutschke jetzt beklagt, datiert seit jenen Tagen. Eine Chance wurde verpaßt: die nationalrevolutionäre Chance.

Stattdessen suchte die Studentenbewegung eine Ersatzidentität in der „dritten Welt“. Man forderte „nationale Selbstbestimmung für Vietnam“, aber nicht für Deutschland. Den Nationalismus des palästinensischen Volkes und den Kampf der Lateinamerikaner gegen den US-Imperialismus unterstützte man, auch das Ringen der Afroamerikaner um Black Power und neue schwarze Identität. Nur für das gespaltene und besetzte Deutschland wurde keine Konsequenz gezogen.

Hat das Scheitern der Neuen Linken von 1968 etwas damit zu tun, daß sie damals „ihr“ Thema verfehlt hat? Systemopposition macht man heute nicht mit gewerkschaftlichen Problemen der Arbeitszeitverkürzung, sondern mit unseren Existenzfragen.

Seit den ausgehenden sechziger Jahren ist die nationale Frage in ganz Europa (und nicht nur dort) abermals in ein neues Stadium getreten. Seitdem kämpft man in Nordirland gegen die englische Besatzung und im Baskenland gegen die spanisch-kastilische.

Seitdem wird der Anspruch der Pariser Metropole infragegestellt — in der Bretagne und in Okzitanien, in Korsika und im Elsaß, und zwar von einer jungen sozialistischen Generation. Aus dem Vielvölkerstaat Großbritannien lösen sich — diesmal ganz legal und mit dem Stimmzettel — die Völker von Wales und Schottland.

Nationalismus ist also nicht alt, sondern neu. Er kommt auf uns zu in dem Maße, in dem in den Metropolen die Entfremdung um sich greift. Er ist Teil eines Prozesses, in dem die Völker sich selbst zum Subjekt der Geschichte machen — gegen Dynastien, Konzerne und Bürokraten.

Die neue Aktualität der nationalen Frage erfordert also eine neue Bewegung der Gehirne. Sie erfordert aber vor allem eine neue Praxis hier und heute, im besetzten Deutschland beiderseits.

„Historisches Bedürfnis nach Einheit“

Was der Linksliterat Martin Walser („Ein fliehendes Pferd“) auf dem diesjährigen Literaturfest in Bergen-Enkheim zur „Nationalen Frage“ sagte.



Martin Walser

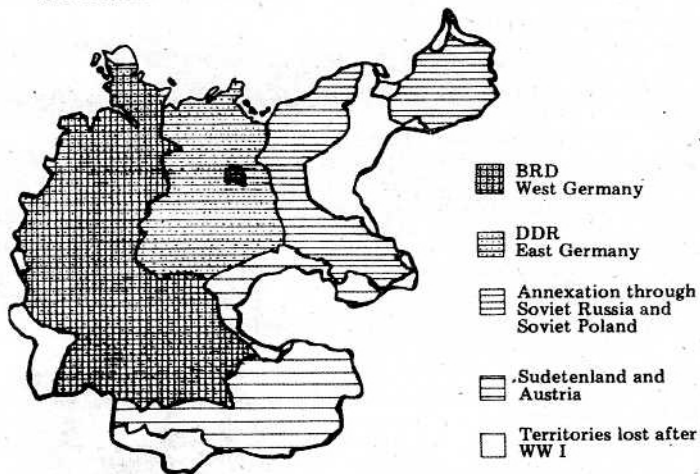
Aus meinem historischen Bewußtsein ist Deutschland nicht zu tilgen. Sie können neue Landkarten drucken, aber sie können mein Bewußtsein nicht neu herstellen.

Ich weigere mich, an der Liquidierung von Geschichte teilzunehmen. In mir hat ein anderes Deutschland immer noch eine Chance.

Wir alle haben auf dem Rücken den Vaterlandsleichen, den schönen, den schmutzigen, den sie zerschnitten haben, daß wir jetzt in zwei Abkürzungen leben sollen. In denen dürfen wir nicht leben wollen.

Wir dürfen die BRD sowenig anerkennen wie die DDR. Wir müssen die Wunde namens DEUTSCHLAND offengehalten.

The German Reich – How it was and what was left over



Germany Alive!

*Neither the German State (Das Reich) nor the
German Government vanished in May 1945.
They are still alive and are demanding
their rightful place.*

BY MANFRED ROEDER

WHEN ON MAY 8, 1945 the German Armed forces (Die Deutsche Wehrmacht) surrendered unconditionally, the existence of the State itself (Das Deutsche Reich) was not affected. This legal consequence of international law is universally known and not contested. It was confirmed by the Constitutional Supreme Court of the Federal Republic of Germany as late as July 1973.

Another fact is hardly known anywhere but of even greater explosive power: the German Government never abdicated nor did the German people ever demand its

resignation. This fact is intentionally hushed up because the knowledge of it could lead to breathtaking developments.

Whereas there are hundreds of books about the war or the so-called war crimes trials, I have not yet seen one single publication on the subject of what happened to the German government and what would be its legal status today.

On May 1, 1945 according to Adolf Hitler's last will Grossadmiral Karl Dönitz became Head of State (Staatsoberhaupt) and Supreme Commander of all armed forces (Oberster Befehlshaber der Deutschen Wehrmacht). As such he direct-

Übersetzung aus dem Englischen (IZ)

Beitrag aus: The American Mercury, Sommer 1975, S. 34- 38

DEUTSCHLAND LEBT!

Weder der Deutsche Staat (das Reich) noch die deutsche Regierung verschwanden im Mai 1945. Sie sind noch am Leben und verlangen ihren rechtmäßigen Platz.

von Manfred Roeder

Als am 8. Mai 1945 die Deutsche Wehrmacht bedingungslos kapitulierte, wurde der Bestand des Staates selbst (das Deutsche Reich) davon nicht betroffen. Diese legale Folge des Völkerrechts ist weltweit bekannt und unangefochten. Sie wurde durch das Oberste Verfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland zu einem so späten Datum als Juli 1973 bestätigt. Noch eine Tatsache, von sogar noch größerer Explosivkraft, ist kaum irgendwo bekannt: die deutsche Regierung hat niemals abgedankt, noch hat das deutsche Volk jemals ihre Abdankung verlangt. Diese Tatsache wird vorsätzlich verschwiegen, weil das Wissen darum zu atemberaubenden Entwicklungen führen könnte.

Während es Hunderte von Büchern über den Krieg oder die sogenannten Kriegsverbrecherprozesse gibt, habe ich bis jetzt nicht eine einzige Veröffentlichung über das Thema gesehen, was mit der deutschen Regierung geworden ist und was ihr rechtmäßiger Status heute sein würde.

Am 1. Mai 1945 wurde, dem letzten Willen Adolf Hitlers entsprechend, Großadmiral Karl Dönitz Staatsoberhaupt und Oberster Befehlshaber der Deutschen Wehrmacht. Als solcher führte er die Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit den Alliierten, und seine schriftliche Vollmacht war für Generalfeldmarschall Keitel, Generaloberst Stumpff und Generaladmiral von Friedeburg notwendig, um das Kapitulationsdokument zu unterschreiben. Dadurch hatten die Alliierten bestätigt, daß sie Dönitz als die einzige Autorität ansehen, die das Reich vertreten konnte; daß er vollkommen in die legale Position des Führers getreten war.

In seinen Memoiren 10 Jahre und 20 Tage (Bernard und Graefe Verlag, Frankfurt 1967) beschreibt Dönitz die Lage nach der Kapitulation der Wehrmacht: er bildete sofort ein zeitweiliges Kabinett, um die ganze Verantwortung zu übernehmen und die bren-

nenden Fragen zu behandeln, die durch den vollkommenen Zusammenbruch aufkamen. Pläne für Notmaßnahmen wurden ausgearbeitet, besonders um das Verkehrswesen wieder aufzubauen und die Lebensmittelfuhr zu sichern. Dönitz ließ auch keinen Zweifel daran, daß irgendwelche möglichen Kriegsverbrechen gründlich untersucht und vor deutsche Gerichte gebracht werden würden. Alle diese Pläne und die Liste seiner Kabinettsminister wurden den Alliierten

zwecks Bewilligung unterbreitet. Dönitz erhielt niemals auch nur eine Antwort.

Der Staat nicht aufgelöst

Demzufolge überlegte er die Frage, ob er mit seinem Kabinett zurücktreten sollte, um zu unterstreichen, daß das kommende Chaos außerhalb seiner Verantwortung lag. Jedoch wurde diese Überlegung fallen gelassen, denn, wie er in seinem Buch schreibt - "Der Reichspräsident und sein Kabinett stellten die Reichseinheit dar.

In der bedingungslosen Kapitulation hatte ausdrücklich nur die Deutsche Wehrmacht kapituliert, nicht der Staat. Der deutsche Staat hatte nicht aufgehört zu bestehen.

Keinesfalls dürfe die Regierung zurücktreten! Andernfalls hätten die Sieger eine Ausrede gehabt, eine militärische Verwaltung einzusetzen, falls die deutsche Regierung davongelaufen wäre. Nur durch brutale Gewalt konnten wir beiseite gestoßen werden, niemals rechtmäßig! Ich bin überzeugt, daß mein freiwilliger Rücktritt der politische Fehler gewesen wäre, den ich nach der Kapitulation hätte machen können." (Memoiren, S. 463)

Am 23. Mai 1945 wurden Dönitz und sein Kabinett an Bord des Linienschiffes Patria beordert, wo sie von dem amerikanischen Chef des Protokolls Rooks, dem britischen Brigadier Ford, dem sowjetischen Generalmajor Truskow und dem "unvermeidlichen" Dolmetscher Herbert Cohn aus New York erwartet wurden. Rooks erklärte eiskalt. "Auf Befehl General Eisenhowers habe ich Sie hierhergerufen und habe Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Regierung und das Oberkommando der Wehrmacht samt allen Mitgliedern als Kriegsgefangene verhaftet werden. Das vorläufige deutsche Kabinett ist hiermit aufgelöst. Von nun an werden Sie alle als Kriegsgefangene angesehen." Unter den entwürdigendsten Umständen wurden diese Soldaten und Staatsmänner durch britische Truppen verhaftet.

Nur ein paar Tage später stellten die Alliierten in ihrer allbekannten Erklärung vom 5. Juni, ihre "legale" Grundlage für all ihre Deutschland betreffenden politischen Maßnahmen fest: "Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Autorität, die imstande wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Verwaltung des Landes und die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen."

Das ist der Gipfel der Verdrehung und Heuchelei: Die Zentralregierung zu verhaften, die willig und fähig ist, die Last und die Verantwortung für Ordnung und Aufbau des Landes zu übernehmen, und dann zu erklären: es gibt keine Zentrale Regierung!

Auf dieser teuflischen Lüge und Betrugerei wurde dann hinterher alles andere aufgebaut. Die ganze alliierte Politik beruht auf diesem unmoralischen und gesetzwidrigen Akt brutalsten Menschenraubs (die ⁷⁶gesetzmäßige Regierung) und der Lüge (daß keine zentrale Regierung da ist). Die Erklärung der Alliierten fährt fort:

"Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet- Republiken, und die Provisorische Regierung der Französischen

Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen und Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands".

Es ist unnötig hervorzuheben, daß die "Übernahme der obersten Regierungsgewalt" im Widerspruch stand zu allen Grundsätzen des Völkerrechtes, für das die Alliierten angeblich gekämpft haben.

Besatzung ohne Präzedens

Gemäß Art. 43 der Haager Konvention ist es niemals gestattet, daß der Besatzer das System der Gesetzgebung, der Rechtsprechung oder der Verwaltung ändert. Niemals, selbst angesichts militärischer Notwendigkeiten, dürfen die Kriegsziele mittels militärischer Besatzung durchgeführt werden. Aber die Alliierten übernahmen nicht nur die oberste Regierungsgewalt bis zum letzten Dorf, sie änderten nicht nur das politische, gesetzliche, militärische und wirtschaftliche System Deutschlands, sondern sie zerstörten auch vollkommen die deutsche Kultur und zwangen ihm ihre eigene auf. Darüber hinaus eigneten sie sich sogar die vollkommene Kontrolle über das Unterrichtswesen und die ethischen Werte an. Hierfür gibt es kein früheres Beispiel in der Geschichte.

In ihrer Behandlung Deutschlands fühlten sich die Alliierten an keine legalen oder moralischen Rücksichten gebunden. Der britische Oberste Befehlshaber drückte das so aus:

"Die gegenwärtige Besatzung Deutschlands ist ohne Präzedens, und eine solche Lage wurde niemals von den Urhebern der Haager Konvention ins Auge gefaßt. Es gibt keine deutsche Regierung:

die oberste Regierungsgewalt wird ausgeübt von den vier Oberbefehlshabern, jeder in seiner eigenen Besatzungszone, und auch gemeinsam in Angelegenheiten, die Deutschland als

Ganzes betreffen. Angesichts der obersten Regierungsgewalt, die sie bekleiden, gibt es keine Grenze in ihren Befugnissen, außer denen, die sie anzuwenden beschließen. "

Deutschland war ein Objekt, ein totes Ding, nicht eine Nation oder ein juristisches Subjekt mit unveräußerlichen Rechten, In ihrer Verachtung des Gesetzes gingen die Alliierten sogar noch weiter mit ihrer Direktive 38 des Kontrollrates für Deutschland vom Juni 1947, wo sie offen verlangten, Schritte seien zu unternehmen, um alle diejenigen Deutschen zu internieren, die niemals ein Verbrechen begangen haben, aber die sich der alliierten Politik entgegenstellen könnten. Es ist beachtenswert, daß diese Verordnung nicht aus Gründen der militärischen Sicherheit herausgegeben wurde, sondern zwei Jahre nachdem alle Feindseligkeiten beendet waren! Es ist kaltblütige Diktatur und der Versuch, die Seele der Nation zu morden.

Es könnte jedoch gefragt werden: Waren diese Maßnahmen der Alliierten nicht notwendig in einer Notlage?

Hitler - so wird uns gesagt - war ein skrupelloser Tyrann, der durch eine Revolution an die Macht gelangte. Und wenn dieses Regime ungesetzlich war, dann war sein Nachfolger Dönitz auch ungesetzlich. Um diese Diktatur zu vernichten, waren drastische Schritte erforderlich. Dieses ist heute die offizielle Meinung.

Nur, daß die Tatsachen ganz andere sind! Abgesehen davon, daß selbst eine 'Diktatur!' in Deutschland eine interne deutsche Angelegenheit und nicht die Sache irgendeines anderen Staates gewesen sein würde, ergriff Hitler nicht mittels Revolution oder Gewalt die Macht, sondern er wurde auf die legalste und demokratischste Weise zum Kanzler bestellt.

Größte Stimmenanzahl

Hitlers Partei, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, war durch demokratische Wahlen im Juli 1932 mit 38% die stärkste Partei geworden. Da die Kommunisten über 14% hatten, war keine andere Partei fähig, eine Mehrheitsregierung zu bilden. Demzufolge verlangte Hitler das Amt des Kanzlers, da er der einzige war, der eine Mehrheit zustande bringen konnte, jedoch schlug es der Reichspräsident ab.

Jede stabile Regierung war unmöglich. Ein Kabinett stürzte nach dem anderen. Die Wirtschaft befand sich in einem vollkommenen Chaos. Sieben Millionen Arbeitslose wurden immer radikaler. Ende 1932 hatten die Kommunisten 17% erreicht und bereiteten sich auf eine bewaffnete Machtergreifung vor.

In dieser Lage plante der General von Schleicher, den Reichstag aufzulösen und neue Wahlen auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben, obwohl die Verfassung neue Wahlen binnen drei Monaten vorschrieb. Alle Parteien erhoben sich in Protest gegen diesen Verfassungsbruch, und die Arbeiter-Gewerkschaften drohten sogar mit einem landesweiten Generalstreik.

Dann trat etwas ein, woran unsere jetzigen demokratischen Machthaber nicht erinnert werden wollen: die beiden nach den Nationalsozialisten stärksten Parteien, die Sozialdemokraten und das Zentrum, drängten den Reichspräsidenten von Hindenburg, eher Hitler zum Kanzler zu ernennen, als daß Schleicher die Verfassung bräche. Und so kam es, daß Hitler angeboten wurde, das Amt des Kanzlers am 30. Januar 1933 zu übernehmen, gestützt auf eine 52% ige Mehrheit (44% NS und 8% Deutschnationale) und mit Billigung aller anderen Parteien. Nicht ein einziger Schuß wurde abgefeuert, um das Amt anzutreten. Nur die Kommunisten schossen auf die Braunhemden, um Hitlers Kanzlerschaft zu verhindern, und verstärkten ihren blutigen Terror, der bis 1937 fort dauerte. Sie waren in Wahrheit zum Bürgerkrieg bereit.

Das Niederbrennen des Reichstagsgebäudes durch den Kommunisten van der Lubbe am 27. Februar 1933 sollte das Signal zum Aufstand sein. Hitler forderte vom Reichstag eine Sonderbefugnis, um gegen diese nationale Bedrohung vorgehen zu können - und bekam sie mit einer überwältigenden Mehrheit (Ermächtigungsgesetz). Er verlangte vier Jahre, um den Augiasstall auszumisten.

Sofortige Maßnahmen wurden gegen die kommunistische Verschwörung getroffen. Ihre Führer wurden verhaftet. Stapel von Waffen und Munition, die genügt hätten, um einige Divisionen auszurüsten, wurden gefunden. Der nächste Kampf galt der Arbeitslosigkeit, und Millionen fanden neue Arbeit. Die Not der Bauern wurde über Nacht behoben. Die Arbeit der Kirche wurde durch ein beispiellos großzügiges Konkordat geschützt.

Österreich kehrt zu Deutschland zurück

Die schreiendste Verachtung des Gesetzes war die Handhabung des Selbstbestimmungsrechtes. Die Österreichische Nationalversammlung und ihr Parlament hatten einstimmig entschieden, daß Österreich ein Teil des Deutschen Reiches sei (was es seit über 1000 Jahren gewesen!). Die Alliierten und der Völkerbund reagierten sofort mit Gewaltandrohungen und begannen sogar mit einer Hungerblockade, als Österreich einen gemeinsamen Markt mit Deutschland anstrebte (Zollunion).

Im November 1933 befragte Hitler die Nation, ob sie seine Politik billige, und 92% des Volkes antwortete "Ja r'". Jedes Jahr gab Hitler Rechenschaft über sein Handeln und befragte die ganze Nation in einem Referendum über bedeutende Entscheidungen, wie z. B. eine Verfassungsänderung. Nach drei Jahren national sozialistischer Regierung, im März 1936, billigte das Volk diesen neuen Stil mit 98,74%.

Es ist die größte Verdrehung der Wahrheit, Hitler einen Diktator zu nennen. Außer einer sehr kleinen reaktionären Clique und einigen bekannten Kommunisten vertraute die ganze Nation dem Führer. Er wurde der volkstümlichste Staatsmann der ganzen Geschichte. Kein demokratischer Staatsmann war jemals mehr in Übereinstimmung mit dem Willen seiner Wähler. Willy Brandt sprach hinter kugelfestem Glas während seines letzten Wahlfeldzuges. Sogar noch im März 1945, als alles verloren war, fuhr Adolf Hitler in einem offenen Mercedes durch die Dörfer und konnte unbewaffnet in jedes Haus eintreten. Niemand würde ihn anrühren. Dies sind die unleugbaren Tatsachen:

Das Dritte Reich unter dem Führer Adolf Hitler war im wahrsten Sinne eine Regierung des Volkes für das Volk. Wenn es jemals eine legale, vom Willen des Volkes getragene Regierung gab - so war es diese! Es war weder eine Demokratie - obwohl sie durch einen demokratischen Prozeß geschaffen wurde -, -noch war es eine Diktatur - denn Hitler tat nichts gegen den Willen des Volkes, und es gab vollkommen unabhängige Gerichte, die nicht durch die Regierung oder die Partei beeinflußt werden konnten.

Karl Dönitz wurde der legale Nachfolger Adolf Hitlers am

1. Mai 1945. Er bildete ein neues Kabinett und blieb im Amt, bis er verhaftet wurde. Er dankte nie ab, noch wurde seine Regierung vom deutschen Volk aufgelöst.

Die Kapitulation vom 8. Mai 1945 betraf nur die Wehrmacht, nicht den Bestand des Staates. Dies wurde durch das Oberste Verfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland in einem Urteil

vom 31. Juli 1973 bestätigt, welches erklärt, daß der Staat, das Deutsche Reich, den Zusammenbruch von 1945 überlebt hat, und daß die Gründung der Bundesrepublik nicht die Schaffung eines neuen westlichen deutschen Staates war, sondern nur eine einstweilige Regelung eines Teiles des Reiches.

Das Völkerrecht gebrochen

Die Festnahme und "Auflösung" der deutschen Regierung durch General Eisenhower und die Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die Alliierten stand im Widerspruch zum Völkerrecht und war demzufolge illegal und nichtig.

Das Deutsche Reich besteht gesetzmäßig in den Grenzen von Mai 1945. Nur ein Friedensvertrag könnte Veränderungen bringen. Die Grenzen von 1937, wie es die Sieger erklärt haben, sind willkürlich und ohne jede Grundlage. Außerdem haben die Alliierten nicht einmal ihre eigene Entscheidung geachtet und den Rest des Landes weit über die Grenzen von 1937 hinaus verstümmelt. Kein Deutscher ist demnach durch diese Entscheidung der Alliierten gebunden.

Ein Friedensvertrag könnte nur von Dönitz oder seinem Nachfolger, in Vertretung der deutschen Nation und des Reiches, wie es legal im Mai 1945 bestand, unterzeichnet werden.

Österreich wurde vom Reich gerissen, gegen den ausdrücklichen Willen des ganzen deutschen Volkes. Die Gründung der Bundes- und der kommunistischen Republiken Deutschlands erfolgte auf Befehl der Alliierten. Sie wurden nicht durch das Volk errichtet. Kein Deutscher wurde jemals auch nur befragt.

Die drei sogenannten deutschen "Staaten" sind überhaupt keine Staaten, sondern einfach Verwaltungs-Provinzen der Alliierten, die bis zu diesem Tage sich das "Recht" auf jederzeitige Intervention vorbehalten haben. Urheber und "Beschützer" dieser "Demokratien" sind keine Deutschen, sondern die alliierten Regierungen. Das Grundrecht der Selbstbestimmung wird den Deutschen bis zum heutigen Tag verweigert. Sie leben in einer noch größeren kolonialen Unterdrückung als irgendein schwarzer Stamm in Afrika, denn die Schwarzen werden etwas erhalten, was sie niemals in ihrer Geschichte besaßen - einen Staat; während den Deutschen ihr eigener Staat, den sie über mehr als 1000 Jahre besaßen, verweigert wird.

Stürzt die Regime

Unter diesen Umständen gibt es nur eine Aufgabe für jeden wahren Deutschen: mit diesen Regimen nicht zusammen zu arbeiten, sondern ihren Zusammenbruch herbeizuführen und das Land zu befreien.

Die Erniedrigung des Deutschen Reiches hat endlose Not und Sklaverei über viele europäische Nationen gebracht und hat die ganze Welt in ein Chaos getrieben. Im Falle Deutschlands wurde bewiesen, daß die Schlagworte der Selbstbestimmung nur Propagandawaffen waren, um den Krieg zu gewinnen. Niemals bestand die Absicht ehrlich zu sein. Wenn das deutsche Reich nicht wieder

ersteht, dann sollten alle anderen Nationen und Stämme wissen, daß ihre "Befreiung" ein ebenso schmutziger Trick ist, um sie noch tiefer in den Zustand der Ausbeutung zu führen, wie es die 14 Punkte Wilsons, um Deutschland zu entwaffnen, waren. Demzufolge ist die weitere Verweigerung einer legalen deutschen Regierung der Beweis, daß die gesamte Menschheit verklavt werden soll, Die Anerkennung einer wahren deutschen Regierung und das Wiedererstehen des Reiches würde den Anbruch eines neuen Morgens für alle Nationen der Erde bedeuten.

The American Mercury, Sommer 1975, S. 66 Übersetzung aus dem Englischen

ANMERKUNG DES HERAUSGEBERS: Folgender Brief des berufsmäßigen Historikers Hans von Thenen wurde auf Ersuchen von Manfred Roeder geschrieben, dessen Beitrag "Deutschland lebt!" auf Seite 34 dieser Ausgabe erscheint. Mr. von Thenen steuert einige Einzelheiten zur Legalität der Hitler-Regierung bei,

An den Herausgeber:

Einer der wichtigsten ausschlaggebenden Momente des Erfolges Hitlers war, daß er seine Absicht, sich immer an die deutsche Verfassung zu halten und sich von jeder Gewaltanwendung zurückzuhalten, betonte. Als zu einem so frühen Zeitpunkt wie der 25. September 1930 Hitler auf die Zeugenbank in einem Verfahren gegen drei Offiziere der Reichswehr (Streitkräfte der Weimarer Republik) vor dem Reichsgericht in Leipzig gerufen wurde, sagte er: "Alle meine Befehle werden von dem Grundsatz geleitet, daß, falls irgendeine gegebene Order im Widerspruch zum Gesetz steht, sie nicht ausgeführt werden soll."

(Rückübersetzung) Die deutsche Nation hat zu allen Zeiten Gewalt, Unrecht und Kriege gehasst (die Deutschen lernten dieses Vorgehen nur durch die alliierte Umerziehung nach 1945!). Und als Hitler schließlich seine Worte in Leipzig unter Eid wiederholen mußte, sagte er: "Ich stehe hier vor dem Allmächtigen und sage Euch: wenn ich legal an die Macht gekommen sein werde, werde ich in meiner legalen Regierung Staatsgerichte aufstellen, die alle diejenigen, die für das Unglück unseres

Volkes verantwortlich sind, richten werden . . ." (Rückübersetzung), was selbstverständlich in erster Linie sich auf die Diktate von Versailles und die korrupte deutsche Regierung bezog, die darauf folgte.

Kein Wunder, daß Ende 1930 Hitlers Partei schon 398 000 Mitglieder hatte - bei fast fünf Millionen Arbeitslosen, von denen viele bald mit der Bewegung sympathisierten (eine Tatsache, die die Amerikaner mit über 10% Arbeitslosen genau beobachten sollten!) Ein weiterer Schritt vorwärts war das Treffen der "Nationalen Opposition" in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931, wobei alle vaterländischen Vereinigungen, der "Stahlhelm" und einige Parteien der Rechten mit Hitler zusammenkamen und gelobten, alles zu tun, um Deutschland vor dem Chaos des Bolschewismus zu retten. Außer

der Linken und den unheilbaren Pazifisten der Zentrumsparterie begann das Volk als Ganzes sich hinter der Hakenkreuzfahne zu scharen. Hitler hatte es nicht nötig, irgendwelche Gewalt anzuwenden, um an die Macht zu gelangen, nachdem die deutsche Nation die wirkliche Gefahr erkannt hatte, die von Moskau kam.

Als im Dezember 1931 der amerikanische Hearst-Zeitungskonzern Hitler einlud, die Ziele seines Nationalsozialismus dem amerikanischen Volk über Rundfunk darzulegen, da war es Heinrich Brüning, der dies vereitelte! Das bedeutet, daß Brüning dafür verantwortlich war, wenn die Amerikaner unwissend blieben und später der Lügenpropaganda gegen Deutschland zum Opfer fielen - was bis jetzt noch kein Ende genommen hat. Andernfalls hätte die Welt gewußt, daß Hitlers einziges Ziel war, das Haßdiktat von Versailles zunichte zu machen.

Als am 30. Januar 1933 Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler als Reichskanzler einsetzte und Hitler gelobte, daß er dem Reichspräsidenten ebenso treu dienen würde wie als Soldat des Deutschen Heeres während des Ersten Weltkrieges, hätte die Welt wissen müssen, daß das Hitler-Kabinett auf dem legalsten und ehrlichsten Wege an die Macht gekommen war. So konnte in der Erklärung vom 1. Februar 1933 die neue deutsche Regierung sagen: "Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben vierzehn Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld. Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen: Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland." Dies war Hitlers Absicht, die er niemals änderte.

Viel leicht sollte hinzugefügt werden, daß Hitler - im Gegensatz zu den meisten führenden Politikern unserer Tage - niemals einen "Schreiber seiner Reden" verwendete und brauchte! Es darf nicht vergessen werden, daß in den Jahren seit seiner nicht vollendeten Schulzeit er gründlich studiert und einen Schatz an Wissen angehäuft hatte, der ihn den meisten Diplomaten und Politikern seiner - und unserer - Zeit überlegen machte. Die Welt beginnt zu erfahren, daß Hitler selbst für jene, die in ihm kein Genie sehen, ein außergewöhnlicher Mann war; und nachdem die erfundenen "Nazi-Gräuel" in ein Nichts zusammenfallen, müssen wir zugeben, daß von den vier Männern jener Zeit: F.D.Roosevelt, Churchill, Stalin und Hitler, Hitler der einzige ist, der kein Verbrecher war!

HANS VON THENEN

New York, N.Y.

SOWJETISCHER FRIEDENSVERTRAGSENTWURF VON 1952

Die Teilnehmer:

Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Polen und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben.

Politische Leitsätze:

Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.

2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.

3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.

4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein, sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für die von ihnen begangenen Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalition oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium:

Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze:

Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt.

Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

Militärische Leitsätze:

1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Deutschland und die Organisation der Vereinten Nationen:

Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

KOMMENTAR

zum sowjetischen Friedensvertragsentwurf:

Daß es sich bei dem russischen Angebot nicht um ein Propagandamanöver handelte, sondern ernst gemeint war, beweist das Beispiel Österreich. Hellmut Diwald weist in seinem neuen Werk GESCHICHTE DER DEUTSCHEN in allen Einzelheiten nach, daß Rußland an einem wiedervereinigten, aber neutralen Deutschland genau so interessiert war wie an einem neutralen Österreich und daß aus-schließlich Adenauer und Amerika die Spaltung Deutschlands und seine Integration in den Westen betrieben haben.

Der österreichische Bundeskanzler Raab wurde von Amerika genau so unter Druck gesetzt wie die Bundesrepublik, das Land zu spalten und den westlichen Teil in das westliche Militärbündnis einzubringen. Diwald schreibt: "Doch die österreichische Regierung blieb solchen Verlockungen gegenüber standhaft. Bundeskanzler Julius Raab lehnte es ab, die Unabhängigkeit von fünfundsiebzig Prozent des Landes für den Preis der Einheit zu erkaufen. Raab beließ es lieber bei dem staatlichen Schwebestand, als daß es einer Lösung zustimmte, die das Schicksal der Zertrennung des Landes mit absoluter Sicherheit zur Folge haben mußte." Stattdessen unterbreitete er Moskau dasselbe Projekt, das Stalin dem Westen in der deutschen Frage offeriert hatte.

"Während sich damals die Bonner Regierung endgültig entschloß, gegen den national einheitlichen Staat und für den Westen zu optieren, reiste eine österreichische Regierungsdelegation mit Bundeskanzler Raab und Außenminister Leopold Figl am 11. April 1955 nach Moskau. Die Österreicher wurden in Moskau mit alleiniger Pomp begrüßt, das ganze diplomatische Korps hatte sich versammelt. Wiens Optimismus wurde nicht enttäuscht. Bereits nach drei Tagen waren sich die Gesprächspartner einig." Österreich erhielt seine staatliche Einheit, bekam volle Souveränität und verpflichtete sich zur Neutralität.

Trotz immer wiederholter sowjetischer Angebote wurde dieselbe Neutralisierung Deutschlands von allen Politikern des Westens strikt abgelehnt.

Diwald widerlegt auch die Adenauersche Propaganda, eine Neutralisierung der Bundesrepublik wäre einer Bolschewisierung gleich-gekommen. Das österreichische Beispiel straft diese Argumente Lügen. Ebenso wie Finnland. Außerdem weist Diwald auf Tito hin, der es sogar als kommunistischer Staat fertiggebracht habe, nationale Eigenständigkeit und militärische Bündnisfreiheit am Rande des sowjetischen Machtbereichs zu wahren.

Kurt Schumacher war damals der Sprecher der echt deutschen Opposition, der sich leidenschaftlich und verzweifelt gegen die Untertanen- und Westorientierung wehrte. Die SPD hat sein Erbe verraten. Wir müssen es fortsetzen!

EUROPA - WACH AUF

Die Freiheitsbewegung zeigt das Unrecht auf, das man Deutschland angetan hat und noch immer antut mit Spaltung, Besetzung und Verleumdung. Wir tun es aber nicht aus kleinlichem Nationalismus oder Egoismus, auch nicht aus Revanchismus. Wir wollen die Zeit nicht zurückdrehen und keine alten Zustände wieder herstellen. Wir tun es aus der innersten Überzeugung, daß die Zerschlagung Deutschlands ein großes Unglück für alle Völker war. Es gibt keine Sieger! Der Sieg über Deutschland hat niemanden glücklich gemacht. Alle Völker sind heute unglücklicher als vor dem Krieg. Auch diejenigen, die vorübergehend Landgewinne verzeichnen und sich an fremdem Hab und Gut bereichern konnten, sind dadurch nicht 'reicher! oder zufriedener geworden. Im Gegenteil ! Ihre eigenen Probleme sind dadurch nur größer geworden, und neue Spannungsherde wurden geschaffen.

Von Sicherheit und Weltfrieden sind wir weiter entfernt als je zuvor. Über drei Nachkriegsjahrzehnte haben deutlich genug bewiesen, daß Deutschland nicht der Störenfried war. Weder Deutschland noch der Nationalsozialismus sind für die heutigen Probleme verantwortlich. Wer das behauptet, belügt sich und andere und macht sich mitschuldig, daß die Welt einer Katastrophe entgegen rast. Und nur ein Narr kann die Augen vor dem kommenden Unheil verschließen.

Wenn es kein Atomkrieg ist, der die Erde verwüstet, dann werden es viele konventionelle sein. Sind es aber keine Kriege, so ist es die Angst vor Kriegen mit ihrem Wettrüsten, das die Völker in Armut und Wahnsinn treibt, Ist es nicht das Wettrüsten, dann ist es der Wettlauf um Bodenschätze und materiellen Wohlstand, der die Menschen zugrunde richtet und die Erde zu einer ausgebeuteten Wüste macht. Gehen wir nicht an Wohlstand und Umwelterstörung zugrunde, dann an Rassenunruhen. Sind es nicht Rassenunruhen, dann ist es die steigende Kriminalität und Sittenverwilderung. Fallen wir der Kriminalität nicht zum Opfer, dann der allgemeinen Verweichlichung, dem Gesundheitsverfall oder ganz einfach der • allgemeinen Faulheit.

Selbst aber wenn wir allen sieben Plagen entkommen sollten und uns weiter durchwursteln wie in den letzten Jahrzehnten, dann wird die Welt doch so trostlos, so ohne jede Schönheit, ohne Ideale, ohne Begeisterung und ohne menschliche Wärme sein, nur noch regiert von unpersönlichen Computern und Bürokraten, überwacht von einer allmächtigen Polizei, daß es sich nicht mehr lohnt zu leben.

Wer angesichts dieser Weltlage noch Deutschenhetze betreibt, wie es mit der sogenannten Nazihysterie wieder ganz modern ist, der ist entweder total blind für die wirklichen Probleme oder er will bewußt von anderen Gefahren ablenken. Die Welt kann sich aber diesen Luxus der Verzerrungen und Haßtiraden nicht mehr leisten.

Freiheit und Recht sind unteilbar. Wenn man sie Deutschland nicht

zugesteht, ist alles Gerede von Völker- und Menschenrecht nur Heuchelei, und die anderen Völker werden an ihrer eigenen Verlogenheit zugrunde gehen.

Wir stehen vor den Trümmern der europäischen Kultur. Die traurigen Reste werden als Antiquitäten und Folklore vermarktet. Aber es gibt nichts Neues und Schöpferisches mehr. Mit der Spaltung Deutschlands wurde Europa gespalten und seiner Seele beraubt. Es ist nur noch das Aufmarsch- und Absatzgebiet fremder Großmächte. Die östliche Hälfte wurde russifiziert, die westliche noch rücksichtsloser amerikanisiert. Der europäische Geist liegt in Ketten oder hat sich in Wodka-Cola aufgelöst. Mammutgeheimdienste und eine alles nivellierende allmächtige Bürokratie sorgen dafür, daß es nie wieder unabhängige und

unzeitgemäße Denker gibt, die Großes und Neues künden. Denn es gibt keine anderen Wahrheiten mehr, als die, die das Siegel des sozialistischen oder des freiheitlich demokratischen Fortschritts tragen. Alles andere darf nicht mehr gedacht werden, wird verteufelt und verfolgt. O, wackre neue Welt west-östlicher Einheitsmenschen! Es lebe der linientreue Sozialist! Es lebe der rückgratlose Demokrist. Es grunze der zufriedene Konsument! Es lebe der Fortschritt der computergesteuerten Einheitswelt!

Hier gibt es kein kleineres Übel, sondern nur ein entschiedenes und bedingungsloses und endgültiges Weder - Noch! Europa, und vor allem Deutschland, gehört weder zum Osten noch zum Westen, sondern sich selbst! Es ist das Reich der Mitte. Europa hört nicht an der Elbe auf und darf sich nicht für außereuropäische Interessen aufeinander hetzen lassen. Kategorisch und kompromißlos wird jede weitere Westintegration abgelehnt, weil sie die Spaltung verewigen und ausbeuten will. Die sogenannten Westeuropäer leben von der Spaltung. Sie leben vom Unrecht. Von der Dummheit.

Aus Unrecht kann aber niemals Recht werden! Aus Zerreißung keine Ewigkeit! Aus Haß keine brüderliche Liebe und aus einem permanenten Kriegszustand kein Frieden! Jede europäische Lösung ist diskutabel, aber keine russisch-amerikanische, die auf der Spaltung und Beherrschung anderer Völker aufbaut.

Die Auswanderung von Millionen Europäern nach dem Krieg ist einer Völkerwanderung, einer Massenflucht vergleichbar, und ein erschütternder Beweis dafür, wie unerträglich und unwürdig die heutigen Zustände empfunden werden. Europa ist keine Heimat mehr für echte Europäer. Und kein wirklicher Europäer kann sich über das Unglück Deutschlands freuen, weil er weiß: Der Untergang Deutschlands wird auch der endgültige Untergang des Abendlandes sein. Und danach gibt es keine Hoffnung mehr für die Welt.

Deshalb schreien wir es hinaus: Wie könnt ihr so blind sein? Merkt ihr nicht, daß ihr mit dem Haß gegen Deutschland euch selber vernichtet? Wie könnt ihr das Herz zertreten und aus dem toten Rest etwas Besseres formen?

Deutschlands Schicksal ist das Schicksal Europas. Europas Schicksal aber entscheidet das Schicksal der Welt. Nicht China,

nicht Russland, nicht die sogenannte Dritte Welt, und auf keinen Fall Amerika. Sie alle können die Welt vernichten, aber niemals neu gestalten. Das kann nur europäischer Geist.

Aus dieser Überzeugung macht sich die Freiheitsbewegung zum Vorkämpfer eines freien Deutschland, eines neutralen, aber freien Europa, aufgebaut auf den ewigen Werten europäischer Kultur.

Schwört ab dem Haß!

Schwört ab der Lüge!

Laßt uns gemeinsam neu anfangen!

Manfred Roeder



ODER SO!

UND DENNOCH: DAS REICH

Wir glauben an eine letzte sinnvolle Ordnung allen Geschehens. Wir glauben an eine letzte sinnvolle Ordnung der Welt.

Wir glauben an eine letzte, einzig sinnvolle Ordnung auch jedes irdischen Raumes. Die einzig sinnvolle Ordnung unseres heimatlichen, des europäischen Raumes aber hieß, heißt und wird immer heißen:

Das Reich.

Für diese Ordnung kämpfen wir, seit Hermann die germanischen Stämme zu einigen suchte, also seit rund 1950 Jahren. Hermanns Kampf gegen Marbod von Böhmen war zweifellos bereits ein Kampf um das Reich.

Das Reich Karls des Großen ist eine Theokratie. Sein Gesichtskreis ist kein deutscher mehr, sondern ein europäischer. Die Herrschaft des aus Metz stammenden Geschlechtes der Karolinger über die Germanen West- und Mitteleuropas ist eine universale Angelegenheit geworden. Darüber hinaus gehorchen ihm die einst westgotischen Provinzen in Südgallien, das Reich der Langobarden in Italien, das durch zwei Jahrhunderte hindurch an Stelle des ostgotischen bestanden hat, die Küsten der Festlandsbriten, das Baskenland, slavische und avarische Striche, ja Rom selbst, die ehrwürdige Hauptstadt des abendländischen Imperiums. Das Reich Karls übernimmt, aufbauend auf dem Werk Theoderichs, die Tradition der römischen Kaiser. Aber schon Karls eigene Söhne verstehen den großen Gedanken nicht mehr. Unfähig zum Verzicht um dieses Gedankens willen, zwingen sie den Vater, das Reich zu teilen. - In Otto dem Großen, Heinrich dem Dritten und Friedrich Rotbart ist der Gedanke wieder stark und lebendig gegenwärtig. Ihr heiliger Auftrag und Wille ist es, die Völker des Abendlandes kräftig und milde zugleich zu lenken, zu befriedigen und zu beglücken. Auf dem Gipfel seiner Macht feiert Kaiser Friedrich Rotbart Pfingsten 1184 in der Rheinebene bei Mainz ein glänzendes Hof- und Reichsfest, auf dem die gesamte damalige Welt vertreten ist. Er ist der unbestrittene Schutzherr der Christenheit. Aber wieder wird unter seinen Nachfolgern das strahlende Bild des Reiches trübe und unklar, beginnt der Verfall.

Doch im Volke lebt nun der Gedanke weiter. Und da unter Philipp und Karl dem Fünften, „in deren Reich der Tag nicht sinkt“, die ganz südlich orientierte Macht zu einer Verkehrung des Reichsgedankens zu werden droht, erhebt sich das Volk in der Reformation. Nicht nur die Streitschriften Ulrichs von Hutten, sondern vor allem auch die präzisen Programmpunkte der Bauernbünde zeigen, wie deutlich das Bild des Reiches im Volke lebt. Und als Gustav Adolf von Schweden die Führung der Protestanten übernimmt, da ist das Reich ganz nahe, vielleicht näher als je zuvor. Doch der Partikularismus gewinnt auch diesmal Überhand. Gustav Adolf fällt von der Hand eines protestantischen Fürsten.

Nachdem dann Preußen groß geworden ist und Bismarck die Trümmer Deutschlands gesammelt hat, taucht der Gedanke vom Reich noch einmal auf. Nun aber ist der Nationalismus zu einem Komplex geworden, von dem die Völker sich nicht mehr befreien, über dessen begrenzten Horizont sie ihr Blickfeld nicht mehr erheben können. So stürzen sie sich auf des Reiches Mitte. Und auch die Not, die ihnen aus diesem Beginnen, aus der Zerstörung ihrer eigenen Mitte erwächst, nimmt ihnen den Schleier nicht von den Augen. -

So sind es denn auch nur ganz wenige, die freiwilligen Soldaten Europas, die begreifen, daß zu einer letzten Entscheidung angetreten wird, daß es durchaus nicht um Deutschland, sondern um ganz andere Dinge geht, als in den Zeitungen zu lesen steht, eben um das Reich, um das Reich in seiner politischen und in seiner geistigen Gestalt. Und diese, wenigen treten selbstverständlich und wortlos für diesen Gedanken an. Sie fragen nicht nach ihrem persönlichen Schicksal. Sie fragen nicht einmal nach dem Erfolg. Ein 'Größeres erfüllt und trägt sie.

Denn nicht die endgültige Verwirklichung, nicht der endliche Sieg beweist die Gültigkeit des Gedankens. Das Wissen, die innere Gewißheit genügt, die Gewißheit davon, daß einzig in der Ordnung des Reiches die europäischen Völker ihr Wesen frei entfalten können.

Müßig zu wiederholen, daß das Reich nicht Anliegen einer Nation sein kann. Das war es nie. Aber das Anliegen aller im europäischen Raum gewachsenen Stämme wird es immer sein, so spät auch die Erkenntnis einigen unter ihnen kommen mag, daß sie sich nur im Reich erfüllen können, so viele Namen sie ihm geben, so viele Bilder sie sich von ihm machen mögen. Es bleibt doch immer: das Reich. Die Besten aller dieser Stämme haben es immer gesehen und haben sich ihm geopfert bis in unsere Tage. Es bleibt uns gar keine Wahl. Es gibt kein anderes Ziel. Wenn wir Europa sagen, meinen wir das Reich. Wenn wir Abendland sagen, meinen wir das Reich. Und wenn wir Vaterland sagen, meinen wir wieder das Reich, nämlich die große, schöpferische Einheit, den lebendigen Organismus aus romanischen, germanischen und slawischen Stämmen, geführt von Persönlichkeiten, die - voll tiefen

Verantwortungsbewußtseins - Träger dieses Jahrtausende alten Gedankens sind, zehrend von der ununterbrochenen gegenseitigen Befruchtung, im Dienste der Erhaltung der blühenden Mannigfaltigkeit ihrer ursprünglichen Wesensarten, und als Hüter des Ursprungsraumes aller indogermanischen Völker vor dem ihnen allen gleich Wesensfremden.

Aber das Reich ist mehr als lediglich die einzig sinnvolle Ordnung des europäischen Raumes. Es ist die dort als Forderung und Aufgabe erkannte Ordnung des menschlichen Zusammenlebens überhaupt, es ist schließlich das Bedürfnis nach einer letzten Ordnung des Alls. Die bleibenden großen Ideale des Abendlandes: Autorität, Gerechtigkeit, Verantwortung, Schicksalsbejahung, Ehrenhaftigkeit und Liebe, sind alle auf dem Boden dieses Ordnungsglaubens und Ordnungswillens gewachsen, der das ganze persönliche Leben jedes einzelnen von uns prägt und gestaltet.

Die unsterblichen Kunstwerke des Abendlandes in Musik, Dichtung, Architektur, Plastik und Malerei, dieser ungeheure Schatz an Form gewordenem seelischem Ausdruck, legen beredtes und erschütterndes Zeugnis für die Kraft dieses Ordnungswillens ab. Sie spiegeln das Reich in seiner ganzen Herrlichkeit und Un-ersetzbarkeit, das innere Reich, wie es oft schon genannt wurde. Die großen Stilperioden unseres gesamten Kulturlebens, die von der Architektur (später von der Malerei) sich auf alle übrigen Zweige künstlerischen Gestaltens übertragen lassen, pflanzten sich durch alle europäischen Volksräume fort, aber nicht eine von ihnen gewann tragende Bedeutung außerhalb des Reiches, von dessen gemeinsamer geistiger Wurzel sie alle lebten:

Das Vertrauen in die letzte sinnvolle Ordnung des Alls und der Wille, dieser Ordnung zu dienen und sie zu erfüllen, das ist die metaphysische Wirklichkeit des Reiches. Hier ist es unzerstörbar und von hier aus wird immer von neuem zu einer Ver-

wirklich auch in unseren irdischen Räumen angetreten werden, solange der Letzte von uns noch Atem hat. Man kann wohl den europäischen Raum zerstören, regieren kann man ihn nur durch das Reich, niemals gegen das Reich! Man kann das Reich nicht aus unseren Herzen reißen, noch der kleinste und geringste von uns trägt es vielleicht unbewußt, aber desto lebendiger in sich. Darum können die Feinde des Reiches, jene, die die europäischen Völker kollektivieren, uniformieren, nivellieren oder endlich liquidieren wollen, nur eine unbewohnte Wüste gewinnen, eine Wüste über Millionen von Gräbern, aber keine neue Ordnung. Denn dieser Raum, die Wiege unseres Menschentums, wird immer nur nach einer Ordnung verlangen, nach dem Reich! Ihm gilt all unser Fühlen, Denken und Handeln. Wir glauben an das Reich, weil wir an eine letzte, einzig sinnvolle Ordnung jedes irdischen Raumes glauben, an eine letzte, sinnvolle Ordnung der Welt und allen Geschehens im All!

